



18.052

**Für einen vernünftigen
Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen
der ganzen Familie.
Volksinitiative**

**Pour un congé de paternité
raisonnable – en faveur
de toute la famille.
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

18.441

**Parlamentarische Initiative
SGK-SR.
Indirekter Gegenentwurf
zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative**

**Initiative parlementaire
CSSS-CE.
Contre-projet indirect à l'initiative
pour un congé de paternité**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Trede Aline (G, BE): Ich kann es kurz machen. Wir haben sehr vieles schon gehört, und ich möchte Ihnen





einfach noch einige Zahlen mitgeben, die für sich sprechen.

Wir haben es heute Morgen schon von meiner Fraktionskollegin Irène Kälin gehört: 54,4 Wochen Elternzeit ist der Mittelwert aller OECD-Länder. 82,3 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit kleinen Kindern arbeiten heute Teilzeit; dabei sind die, die gar nicht arbeiten, noch nicht eingerechnet. Nur 13,4 Prozent der Väter in dieser Situation – also der Väter mit Kindern unter vier Jahren – arbeiten Teilzeit. Es gibt praktisch nur noch Kindergärtnerinnen, und auch in der Unterstufe der Grundschule sind alle Lehrkräfte weiblich. In den Verwaltungsräten von börsenkotierten Firmen sind nur 20 Prozent Frauen. In Geschäftsleitungen sind es nur 9 Prozent. Es gibt über 50 Prozent Medizinstudienabgängerinnen, aber keine 10 Prozent leitende Ärztinnen. Hier im Rat – wenn denn alle da wären – sind nur ein Drittel Frauen; vom Ständerat spreche ich lieber gar nicht. Das Maximum bei der Mutterschaftsentschädigung beträgt heute 196 Franken pro Tag. Bei Dienstleistenden – das Geld wird aus demselben Topf bezahlt, mit der gleichen Basis, der EO – können es bis zu 245 Franken sein. Aus der gleichen Grundentschädigung gibt es also 20 Prozent mehr für Dienstleistende.

Zu Rollenbildern – beispielsweise zu Themen wie Spielzeuge für kleine Kinder oder frühkindliche Prägungen – gibt es nicht einmal verlässliche Zahlen, keine Studien. Wir wissen nicht einmal, wovon wir sprechen. Doch die Zahlen, die wir kennen – ich habe Ihnen einige genannt –, sprechen für sich und sind einer modernen Gesellschaft sehr unwürdig.

Dies zeigt auch die heutige Debatte. Wir sprechen wieder nur von "Vater" und "Mutter". Dabei sind heute auch Familienmodelle nicht mehr wie vor hundert Jahren oder noch früher. Es gibt Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, es gibt Alleinerziehende. Und was ist mit Adoptionen? Wer ist dann Vater und Mutter? Wie sieht es da aus mit einem "Urlaub"? Auch Familien mit adoptierten Kindern haben ein Recht auf eine Zeit, in der sie sich als Familie finden können. Es gibt eben Väter und Väter oder Mütter und Mütter. Es gibt auch Grosseltern, die die wichtigsten Bezugspersonen für Kinder sein können. All dem wird die Diskussion, die wir heute hier führen, nicht gerecht. Wir müssen aufhören, immer von "Vater" und "Mutter" zu sprechen. Wir müssen von "Eltern" und von einer "Elternzeit" sprechen.

Es ist eben auch eine Gleichstellungsfrage. Wir haben heute auch schon wirtschaftliche Argumente dafür gehört. Es wird immer wieder infrage gestellt und diskutiert, wie teuer eine solche Elternzeit sei. Wenn wir das Potenzial anschauen, das, was vor allem die Frauen, die jetzt nicht oder nur wenig arbeiten, für die Volkswirtschaft leisten können, ist eine Elternzeit unter dem Strich für uns alle gut.

Wir haben hier auch viel von Vögeln gesprochen, so von Tauben, Spatzen und anderen Vögeln, die wir in der Hand halten. Ich möchte noch ein Tier einbeziehen, und das ist die Schnecke. Wir sind punkto Gleichstellung im Schneckentempo unterwegs. Ich finde, dass wir jetzt diese Schnecke endlich aus dem Haus lassen sollten. Da haben wir heute einen Anfang gemacht. Meine Fraktion und auch ich sind klar der Meinung: 4 Wochen Vaterschaftsurlaub sind viel zu wenig. Es ist eigentlich auch die falsche Diskussion, weil wir von "Elternzeit" sprechen müssen. Aber hier drin sind wir ja schon froh, wenn wir 2 Wochen knapp durchbringen. Das sind halt auch die politischen Mehrheiten. Das gilt es zu akzeptieren.

Aber ich denke doch, dass wir heute zumindest einen ganz kleinen Schritt machen und diese Initiative unterstützen sollten.

Schläpfer Therese (V, ZH): Als Gemeindepräsidentin einer kleinen Gemeinde und als Beteiligte eines Handwerkerbetriebes kenne ich die Problematik der Arbeitsausfälle bestens. Dies betrifft vor allem kleine Betriebe, aber nicht nur diese. Für Befürworter eines ausgebauten Vaterschaftsurlaubes sind Länder mit monatelangen Vaterschaftsurlauben Vorbilder. Für Unternehmen jeder Grösse kann der Vaterschaftsurlaub ein Albtraum sein, weil monatelang kein oder kein kompetenter Ansprechpartner verfügbar ist. Dies lehrt die Wirtschaft. Das und die Kostenfolgen kann sich die bürgerliche Seite aus der Praxis vorstellen; Befürworter können dies aber offensichtlich nicht, gibt es doch bedauerlicherweise praktisch keine Unternehmer in den Reihen der Fordernden.

Einmal installiert, ist die Forderung einer Ausweitung der Vaterschaftszeit so sicher wie das Amen in der Kirche. Deshalb sollte die Büchse der Pandora nicht geöffnet werden. Tatsächlich arbeitet die SP bereits an einer Initiative für einen Elternurlaub von mindestens 14 Wochen für Mami und Papi, und weitere 10 Wochen sollen sie untereinander aufteilen können, total also 38 Wochen. Das Neugeborene darf

AB 2019 N 1464 / BO 2019 N 1464

während und nach der Geburt nicht ohne Vater sein, aber danach soll es möglichst bald in eine Kita gesteckt werden, und beides staatlich gefördert – ein Widerspruch ohnegleichen. Oder geht es schlussendlich ganz profan doch nur darum, möglichst das Maximum an Ferien und Freizeit zu ergattern? Das Kind wird vorge-schoben, um 38 Wochen Urlaub zu erhalten, aber danach: Ab in die Krippe!



Für Bürgerliche heisst es auch hier: Eigenverantwortung und Eigeninitiative gehen vor! Es ist jedermann selbst überlassen, seine Ferien als Vaterschaftsurlaub zu verwenden oder einen unbezahlten Urlaub zu organisieren. Und es geht schon gar nicht an, den Bürgern Vorgaben über die Gestaltung ihres Familienlebens aufzudrängen.

Wichtig ist zu wissen: Die Lohnnebenkosten in der Schweiz sind bereits die zweithöchsten der Welt; die Lohnkosten sind die höchsten. Jetzt laden wir nochmals weitere Lohnnebenkosten auf das Fuder. Wer den 2 Wochen zustimmt, weil es ja nur wenig scheint, sieht das grosse Bild nicht. Jeder Ausbau der Sozialleistungen führt zu einer Verteuerung der Produkte und Leistungen und schmälert die Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss der Ausbau des Sozialstaates gestoppt werden. Für vorpreschende Konzerne wie Novartis, Google und Johnson and Johnson ist es einfacher, einen Arbeitsausfall zu überbrücken, als für kleine KMU. Auch für grosse Gemeinden und Städte wie Herisau, Basel und Oftringen ist es einfacher; sie müssen ihr Geld zudem nicht selbst erarbeiten.

Die Kampagne der Gewerkschaften und linken Parteien wird massiv von den Medien unterstützt, auch von der SRG. All die Leute dort haben selten bis nie unternehmerische Verantwortung zu tragen und möchten jetzt Vorschriften erlassen oder durchdrücken, deren Kostenfolgen sie nicht selbst tragen müssen. Deshalb: Hände weg von einer weiteren Erhöhung der Lohnnebenkosten. Die Schweiz sollte sich dies nicht leisten, speziell deshalb, weil jetzt – wirtschaftlich gesehen – dunkle Wolken am Horizont aufziehen. Als Mutter von drei Kindern bin ich bestrebt, ihnen keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Mit bewährten Schweizer Werten sind und bleiben wir erfolgreich, nicht mit der Orientierung am weniger erfolgreichen Ausland.

Deshalb bitte ich Sie, die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub nicht zur Annahme zu empfehlen und dem Gegenvorschlag nicht zuzustimmen.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Ja, Frau Schläpfer, unsere Positionen sind wahrscheinlich extrem weit auseinander.

Die vorliegende Volksinitiative ist bei Weitem nicht der erste Versuch, einen Vaterschaftsurlaub einzuführen. Dieser entspricht effektiv einem gesellschaftlichen Bedürfnis. Bereits 1998 reichte mein Freiburger Parteikollege und ehemalige Nationalrat Erwin Jutzet eine Motion für einen Vaterschaftsurlaub ein. Er lud den Bundesrat damals ein, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit lohnbeziehende Väter bei der Geburt eines Kindes einen bezahlten Urlaub von mindestens einer Woche erhalten. Die schriftliche Begründung leitete er damals mit dem Satz ein: "Eine Geburt ist eines der freudigsten Ereignisse für beide Elternteile und würde für sich allein ein paar Tage Urlaub rechtfertigen." Da hatte er eindeutig Recht. Leider wurde damals die Motion trotz bescheidener Forderung abgelehnt.

Seither sind zwanzig Jahre vergangen. Die damals geborenen Kinder sind mittlerweile stimmberechtigt. Was sagen sie wohl zu einem Vaterschaftsurlaub? Gemäss einer Umfrage des Vereins "Vaterschaftsurlaub jetzt!" sollen fast 85 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung einen bezahlten Vaterschaftsurlaub wünschen. Es ist höchste Zeit, dass dem Anliegen nach einem vernünftigen Urlaub entsprochen wird. 4 Wochen für die Väter, um Zeit mit ihrem neugeborenen Kind zu verbringen, scheint mir dabei ein Minimum zu sein. Denn noch lieber wäre mir, wenn wir das Modell der Elternzeit aufnehmen würden, das in skandinavischen Ländern wie Schweden, Dänemark oder Norwegen seit Langem besteht. In Schweden beispielsweise bestehen Elterngeld- und Elternzeitregelungen bereits seit 1974. Aktuell sind es 60 Tage für jeden Elternteil einzeln und 420 Tage, die frei unter den beiden Elternteilen aufgeteilt werden können. Da sind wir mit den in den Minderheitsanträgen zur Diskussion stehenden Elternzeitdauern direkt bescheiden.

Zeit mit dem eigenen Kind zu verbringen ist für beide Elternteile wichtig. Die heutigen Väter wollen ebenfalls ab der Geburt Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, und dies eben nicht nur finanziell. Sie pochen zu Recht darauf, nicht mehr nur "Zahlväter" zu sein.

Wichtig an der Forderung nach Elternzeit oder eben zumindest nach einem Vaterschaftsurlaub ist für mich, dass dadurch eine gleichberechtigte Teilung der Verantwortung für die Kinderbetreuung und für die Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Wenn Väter von Beginn an für ihre Kinder da sein und für sie die Verantwortung übernehmen können, steigt auch ihr Interesse an einer Teilzeitarbeit. Je mehr Männer Teilzeit arbeiten, umso üblicher wird es werden, dass auch mit Teilzeitarbeit Verantwortung im Beruf übernommen werden kann, umso mehr werden auch Frauen Gelegenheit erhalten, mit Teilzeitarbeit verantwortungsvollere Aufgaben zu übernehmen. Das ist für mich der Weg zu wirklicher Gleichberechtigung und zur effektiven Vereinbarung von Familie und Beruf.

Deshalb unterstütze ich die Initiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub als Minimum auf dem Weg zu einer vernünftigen Elternzeit. Und ich hoffe, dass es nicht weitere zwanzig Jahre dauern wird, bis wir einen weiteren kleinen Schritt Richtung Gleichstellung in Familie und Beruf machen werden.



Sommaruga Carlo (S, GE): En seize ans de présence dans ce conseil, je n'ai jamais pris la parole en parlant de ma situation personnelle. Aujourd'hui, pour parler du congé-paternité, il me semble bien à propos d'évoquer finalement l'expérience d'un père de quatre enfants.

Il y a 31 ans, lorsque j'ai eu mes premiers enfants, des jumeaux, mon employeur m'a accordé une semaine de congé-paternité. Il était bien emprunté, parce que sa femme accouchait en même temps que la mienne et qu'il prenait congé, lui, pendant une semaine ou deux. Il a bien vu la difficulté pour son jeune employé, qui, lui, aurait dû rester au travail, et quelques jours avant la naissance, il m'a dit que j'avais droit à ce congé d'une semaine.

Plus tard, il y a quatorze et onze ans, lorsque mes filles sont nées, j'ai effectivement bénéficié d'un congé-paternité d'un mois. Mais j'étais indépendant, c'est donc moi-même qui me suis offert mon propre congé-paternité, parce que j'avais les moyens et les ressources pour me l'offrir.

En résumé, on voit que selon la situation, aujourd'hui, le congé-paternité est tout simplement accordé au gré de l'employeur et, finalement, de ceux qui ont des ressources suffisantes pour pouvoir se le payer. Est-ce que le congé-paternité doit être le privilège des cadres? Doit-il être le privilège des gens qui gagnent beaucoup d'argent? Non, le congé-paternité doit être un droit, pour tous et sans privilèges.

C'est pour cela qu'il faut soutenir cette initiative populaire comme une solution minimale, solution qui est d'ailleurs soutenue très largement au sein de la population.

Il est indispensable de vivre avec son temps, avec des pères qui veulent s'occuper de leurs enfants et avec des mères qui veulent aussi s'occuper de leurs enfants, mais en même temps poursuivre leur carrière professionnelle, comme les pères. Il est indispensable, aujourd'hui, d'aller vers un congé parental d'une durée importante, qui, comme cela a été proposé dans ce débat, doit être de 38 semaines. Il est indispensable de vivre dans la modernité et d'égaliser la situation qui existe dans bien des pays européens depuis plusieurs décennies.

Il est inconcevable que nous vivions encore aujourd'hui, en Suisse, sans congé-paternité, alors que l'économie est florissante, alors que les recettes fiscales et les comptes publiés sont favorables et que des milliards sont mis de côté, et alors que nous pourrions financer un congé-paternité sans aucun problème.

Je vous invite donc à soutenir les propositions qui visent à instaurer un congé parental de 38 semaines et, au minimum, à soutenir l'initiative dont nous discutons aujourd'hui. Je pense que l'on ira ainsi dans le bon sens. Je vous

AB 2019 N 1465 / BO 2019 N 1465

remercie et espère vous retrouver lors d'un vote pour une fois progressiste.

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Ich kann Ihnen versichern: Anders als Kollege Sommaruga werde ich nicht von meinen persönlichen Verhältnissen sprechen. Es sitzen zu viele Leute auf der Tribüne, die den Wahrheitsgehalt überprüfen könnten.

Wir haben heute, hier und jetzt, viel gehört: von schlechten Vätern, besseren Vätern, guten Vätern, glücklichen Vätern, unglücklichen Vätern. Einzig von Übervätern haben wir noch nicht gesprochen. Wir haben von traditioneller Familie gesprochen, von Fremdbetreuung, von Kitas und von Wünschen.

Aber all das ist gar nicht Thema der heutigen Debatte! Ich, der selber einem Vaterschaftsurlaub zu Beginn immer skeptisch gegenüberstand, musste das lernen: Es geht nicht um irgendein Familienmodell, es geht nicht um irgendetwas wie Ferien, sondern es geht erstens darum, ob wir den Vätern unmittelbar nach der Geburt mehr Zeit mit ihrem Kind geben wollen, und zweitens, ob wir uns das leisten können.

Wenn ich heute hier von 38 Wochen oder anderen Träumereien höre, dann wird mir angst und bange. Dann gehen wir klar und deutlich vom Ziel weg, das wir haben – einer Wertschätzung, einer Schenkung von Zeit für Eltern und Väter. Aus meiner Sicht ist klar: Der indirekte Gegenvorschlag, wie er vorliegt, mit 2 Wochen, ist sinnvoll, richtig, vernünftig und vor allem finanzierbar.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem indirekten Gegenvorschlag zuzustimmen. Er ist ein wichtiges und richtiges Zeichen für die Väter unserer Zeit. Aber ich bitte Sie auch, all jenen Bestrebungen, die weit darüber hinausgehen wollen, eine Absage zu erteilen. Ich glaube, damit ist niemandem gedient, nicht den Vätern, nicht den Müttern, nicht den Kindern – und schon gar nicht den Staatsfinanzen.

Masshardt Nadine (S, BE): Vor drei Monaten – am 14. Juni – sind eine halbe Million Frauen und Männer auf die Strasse gegangen. Sie haben gezeigt: Gleichstellung ist noch immer ein hochaktuelles politisches Anliegen. So sind beispielsweise noch immer Frauen hauptsächlich für die Erziehung der Kinder verantwortlich. Noch immer leisten Frauen den allergrössten Teil der unbezahlten Arbeit – ob in der Kinderbetreuung oder in der Pflege der Angehörigen. Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Noch immer erhalten Frauen tiefere Renten. Und last, but not least leiden noch immer viele Mütter unter der fehlenden Vereinbarkeit



von Familie und Beruf. Doch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht Väter und Mütter an. Es reicht nicht, einfach den Frauen einen Mutterschaftsurlaub zu gewähren; die Erziehungs- und Familienarbeit soll von beiden Elternteilen wahrgenommen werden können. Deshalb braucht es neben dem Mutterschaftsurlaub eben auch einen Vaterschaftsurlaub.

Für die SP ist auch bereits klar, wie die Lösung dazu aussehen muss: Beide Elternteile sollen nach der Geburt eine Elternzeit von je 14 Wochen erhalten. Zusätzlich sollen beide Elternteile danach zusammen Anspruch auf mindestens 10 Wochen Elternzeit haben. Dieses Modell, das auf einem Vorschlag der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen basiert, ist in der aktuellen Zusammensetzung dieses Rates jedoch leider nicht mehrheitsfähig. Deshalb haben die Initiantinnen und Initianten der Vaterschaftsurlaubs-Initiative bereits einen Kompromiss ausformuliert und fordern einen Vaterschaftsurlaub von lediglich 4 Wochen. Die SP ist bereit, sich hinter diesen Kompromiss zu stellen. Nun ist dieser Kompromiss von der SGK jedoch bereits weiter auf gerade mal noch 2 Wochen Vaterschaftsurlaub abgeschwächt worden. Das ist im Vergleich zu heute zwar noch immer ein Fortschritt – Väter in der Schweiz haben ja derzeit nur einen einzigen Tag frei bei der Geburt ihres Kindes und damit gleich viel wie für einen Umzug. Das muss man sich auch immer wieder vergegenwärtigen. Da zieht die SP 2 Wochen einem einzigen Tag natürlich vor. So pragmatisch sind wir.

Wer wirklich eine echte Elternzeit will, um so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, der darf nach der Vaterschaftsurlaubs-Initiative dann hoffentlich schon bald die Elternzeit-Initiative unterstützen, denn ich beobachte mit Freude, dass eine echte Elternzeit, die diesen Namen auch wirklich verdient, gerade in meiner Generation immer mehr Zuspruch erhält. Heute wollen viele junge Familien die Familien- und Erwerbsarbeit möglichst partnerschaftlich aufteilen, und da ist eine Elternzeit nicht nur gut für das kleine Kind, sondern auch ein sehr guter Start in eine neue, gleichberechtigte Lebensphase als Familie.

Geissbühler Andrea Martina (V, BE): Frau Kollegin, Elternzeit tönt sehr schön, solange sie vom Staat bezahlt wird. Und dann heisst es, auf Kosten des Staates: Kinder ab in die Krippe! Wo ist dann die Familienzeit?

Masshardt Nadine (S, BE): Vielen Dank für diese Frage, Frau Kollegin Geissbühler. Eine Elternzeit ist eben eine Basis für ein partnerschaftliches Familienmodell. Damit müssen wir direkt nach der Geburt eines Kindes beginnen, und der Vorteil ist eben, dass sich dies dann auf das ganze Leben des Kindes bezieht.

Heim Bea (S, SO): Wenn man sich die Europakarte der Vaterschaftsurlaube einmal anschaut, dann sticht die Schweiz heraus – aber nicht im positiven Sinn, sondern als einziges Land, das keinen Vaterschaftsurlaub kennt. Ich sage es einmal drastisch: Die Schweiz ist eine Wüste, eine Vaterschaftszeitwüste; und ich finde das beschämend. Im übrigen Europa ist der Vaterschaftsurlaub oder eine zwischen Mutter und Vater aufteilbare Elternzeit praktisch überall Selbstverständlichkeit geworden und längst staatlich und grosszügig geregelt.

In der Schweiz, Sie wissen es, gibt es einen Tag frei nach der Geburt eines Kindes – gerade gleich viel wie fürs Zügeln. Das ist meines Erachtens weit weg von der Wertschätzung und der Anerkennung dessen, was Eltern für die Gesellschaft leisten. In einigen Branchen haben sich die Sozialpartner zwar auf grosszügigere Lösungen geeinigt, doch es braucht eben eine Lösung für alle Väter: ein Recht auf Vaterschaftszeit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und gelebte Gleichberechtigung dürfen nicht länger nur ein Thema für Sonntagsreden sein. Es braucht konkrete, alltagstaugliche Massnahmen. Wir haben jetzt eine Initiative, die allen 4 Wochen Vaterschaftszeit gewähren will. Doch ich meine, selbst mit diesen 20 Tagen Vaterschaftszeit wäre die Schweiz als eines der reichsten Länder erst im Mittelfeld bei den Vaterschaftsurlauben.

Die Argumente, die ich heute vonseiten der Gegnerschaft gehört habe – tut mir leid –, überzeugen mich nicht. Sie sind nicht stichhaltig. Weder ist der Vaterschaftsurlaub nicht finanzierbar, noch ist er nicht zu organisieren. Mich erinnert das an Ausreden, die zum Teil genau gleich tönten, als es um die Mutterschaftsversicherung ging. Während Jahrzehnten wurde so der Verfassungsauftrag bekämpft, verzögert, verschleppt.

Die gesellschaftliche Realität in den Familien ist längst eine andere, als sie die Gegnerschaft – die ich als Ewiggestrige bezeichnen würde – zeichnet. Frauen und Männer wollen sich Erwerbs- und Familienarbeit teilen, sich partnerschaftlich um die Kinder, um unsere Zukunft kümmern. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht ein Thema allein für die Frauen, sondern ein Thema für die Eltern, ein Thema für die Paare.

Viele Untersuchungen zeigen, dass die fehlende Vereinbarkeit einer der Hauptgründe ist, wieso Paare mit Kindern sich contre coeur die Familienarbeit nicht so aufteilen, wie sie es sich wünschten. Natürlich lösen auch 20 Tage Vaterschaftsurlaub nicht alle Probleme. Aber sie wären ein Zeichen oder, um im Bild zu bleiben, ein Trippelschrittchen in die richtige Richtung. Wenn ich nämlich etwas an der Initiative zu kritisieren hätte, dann wäre es einzig, dass sie in ihrer Forderung sehr bescheiden daherkommt, ja eigentlich mit diesen 20 Tagen bereits einen Kompromiss anbietet. Ich freue mich deshalb sehr, dass meine Partei beschlossen hat, eine Initiative für eine Vaterschafts- und Mutterschaftszeit von je mindestens 14 Wochen sowie eine Elternzeit von



10 Wochen zu lancieren.

AB 2019 N 1466 / BO 2019 N 1466

Die 4 Wochen Vaterschaftsurlaub sind deshalb für mich nur eine erste Etappe auf dem Weg zu einer Lösung, die gelebte Gleichstellung tatsächlich ermöglicht. Daher unterstütze ich sie.

Glarner Andreas (V, AG): Von der Wiege bis zur Bahre – fordere 4, erhalte 2, erwarte 38. So ungefähr läuft das Spiel jetzt hier.

Nun sollen also auch noch Väter in den Genuss einesurlaubes unmittelbar nach der Geburt kommen. Die Kosten von mindestens 420 Millionen Franken pro Jahr, wohlverstanden, sollen wieder einmal alle bezahlen – also auch die, die gar keine Kinder haben, und natürlich auch die Firmen. Und auch beim Gegenentwurf werden es noch immer deutlich über 200 Millionen Franken sein – wie immer von der Ratsseite gefordert, die immer den Bestellzettel ausfüllt, an der Kasse dann aber nicht in der Lage ist, zu bezahlen. Offen gestanden ist es schon etwas schizophren: Die Linken und auch die vielen Netten wollen die Kinder zwar am liebsten schon vor der Geburt dem Staat zur Obhut übergeben. Gleichzeitig will man aber einen Urlaub, um dem Vater zu ermöglichen, Zeit mit dem Kind zu verbringen.

Als Vater von zwei Kindern hatte ich offen gestanden nicht unbedingt das dringende Bedürfnis, meine Kinder 4 Wochen lang Tag und Nacht zu sehen. Aber ich hatte auch eine tüchtige Frau, die voll in ihrer Rolle als Mutter aufging – und ja, sie arbeitete bis zum letzten Tag vor der Geburt; und ja, sie arbeitete auch bald nach der Geburt wieder. Ich darf Ihnen versichern, dass weder meine Frau noch die beiden Kinder, noch ich einen ersichtlichen Schaden davongetragen haben. Aber hätte ich dieses Bedürfnis gehabt, so hätte ich meine Ferien dafür aufgewendet. Und so ist es also auch jedem Vater unbenommen, seine Ferien für diese Betreuung oder Begleitung einzusetzen. Und ganz theoretisch könnte man sich ja auch eine Lösung vorstellen, bei welcher die Mutter einen Teil ihrer üppigen 14 Wochen dem Mann abtritt. Ich verstehe überhaupt nicht, warum der Staat, also die Allgemeinheit, und die Firmen dafür aufkommen müssen. Wir dürfen die EO nicht noch weiter belasten.

In diesem Sinne bitte ich Sie also, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, diese Volksinitiative und auch den Gegenvorschlag abzulehnen.

An dieser Stelle danke ich meiner Urgrossmutter, meiner Grossmutter, meiner Mutter und, ja, auch meiner Exfrau, dass sie dies alles ohne staatliche Hilfe geschafft haben.

Frei Daniel (GL, ZH): Es müsse ein Ruck durch das Land gehen, sagte einst der deutsche Bundespräsident Roman Herzog, um Änderungen zu ermöglichen und Reformen anzustossen. Ja, ein Ruck muss auch durch die Schweiz gehen. Unsere Familienpolitik entspricht in verschiedener Hinsicht nicht den Anforderungen des 21. Jahrhunderts und auch nicht den Lebensrealitäten der heutigen Eltern. Ein besonders krasses Beispiel, Sie wissen es, ist der aktuelle Vaterschaftsurlaub von lediglich einem Tag. Diese Regelung ist schlicht und einfach *démodé*.

Eltern sind Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft. Die berühmte Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und in diesem Saal erlaube ich mir zu sagen: die berühmte Vereinbarkeit von Beruf, Familie und eben auch Politik – ist nicht nur einfach ein Modewort oder ein Schlagwort, nein, sie ist eine tagtägliche Herausforderung für Tausende und Abertausende Familien in unserem Land. Die Unterstützung dieser Familien liegt im Interesse der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates gleichermaßen.

Wenn wir die verschiedenen Familienformen, die verschiedenen Arbeitsmodelle, die vielfältigen Lebensstile anschauen, dann zeigt sich, dass eine Elternzeit die sinnvolle und zeitgemässe Lösung ist. Sie ermöglicht es, dass sich Eltern gemäss ihren Bedürfnissen um die Betreuung ihres Nachwuchses kümmern können. Eine Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile gibt Spielraum und Flexibilität für massgeschneiderte und eigenverantwortliche Betreuungsformen. Sie bildet darüber hinaus auch eine gute Grundlage für die Entstehung einer engen Eltern-Kind-Beziehung. Und wir haben es heute Morgen schon gehört: Sie ist organisierbar, und sie ist auch finanzierbar.

Eigentlich müssten wir daher heute über eine Elternzeit diskutieren. Sie müsste das grosse Thema sein. Es müsste uns allen ein Anliegen sein, dafür eine Mehrheit zu finden – eigentlich, aber wir alle wissen, dass es eben nicht so ist. Wir sind noch nicht so weit, wir backen noch kleinere Brötchen. Doch immerhin reden wir heute über einen längeren Vaterschaftsurlaub.

Für mich ist unabhängig von der Frage nach 4 oder 2 Wochen klar: Ein längerer Vaterschaftsurlaub ist ein überfälliger Schritt und notwendig. Er ist aber auch lediglich ein erster Schritt auf dem Weg zu einer modernen Familienpolitik, an deren Ende die Elternzeit stehen muss.



Geben wir uns, geben Sie sich heute also einen Ruck, machen wir diesen ersten wichtigen Schritt! Die Eltern und Kinder in der Schweiz werden es Ihnen danken.

Borloz Frédéric (RL, VD): Ce sujet est à la fois émotionnel et fondamental. Il est émotionnel, parce que, ce matin, nous avons entendu quelques propos propres à décourager les jeunes parents d'avoir des enfants. Et puis il est fondamental, parce qu'il touche bien entendu directement notre société, son organisation et le rapport que nous avons avec les enfants, avec la famille au sens large du terme.

Cela, il faut bien le reconnaître, est en évolution, comme l'ont dit aussi beaucoup de mes préopinants. Mais ce n'est pas en évolution uniquement ces dernières années, cela évolue depuis des siècles: notre société change, elle évolue, et le rapport avec le travail, d'une part, et avec la famille, d'autre part, est en train de changer. Il y a encore quelques années, on confiait au chef de famille la responsabilité de subvenir aux besoins financiers de toute la famille. Aujourd'hui, dans la plupart des familles, cette responsabilité est partagée: il y a deux personnes qui subviennent aux besoins financiers et qui en ont la responsabilité. Donc, forcément, cela se répercute sur l'ensemble de l'organisation familiale, et nous partageons aussi des moments liés à la naissance, ainsi qu'à l'éducation des enfants, etc.

Dans ce contexte, nous devons, nous, au Parlement fédéral, adapter le cadre légal lorsque l'évolution de notre société peut être accompagnée par la modification d'éléments du type lois, règlements, etc. Au-delà des propositions qui ont été faites et qui ne sont effectivement pas très raisonnables – 52 semaines de congé, par exemple –, une base de 2 semaines me semble être un bon compromis, pour commencer à élaborer, peut-être, quelque chose de différent, peut-être quelque chose de supplémentaire, dans les années à venir, prolongeant ainsi, justement, cette évolution de la société.

Je défendrai donc le contre-projet indirect de la commission, partant du principe qu'il reflète un consensus et une volonté des partis, je l'espère, d'évoluer et d'avancer dans cette direction.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich bitte Sie, eine Initiative zur Annahme zu empfehlen, die schon in ihrem Titel wahrscheinlich nicht falscher formuliert sein könnte. Es geht nämlich bei der Initiative für einen 4-wöchigen Vaterschaftsurlaub weder primär um die Väter noch um einen Urlaub!

Zu dieser Initiative Nein zu sagen ist nicht eine Ohrfeige für die jungen Männer: Es ist vor allem eine Ohrfeige für die jungen Frauen und die jungen Mütter in diesem Land, weil es nichts anderem gleichkommt, als ihnen zu sagen: "Ach, nehmen Sie es nicht so schwer! Wissen Sie, das bisschen Kinderkriegen, den Haushalt und übrigens auch Ihre berufliche Karriere kriegen Sie auch alleine hin!" Diese Initiative zu bekämpfen bedeutet, von den Realitäten der Generation, die jetzt Kinder bekommt und Kinder hat, ziemlich weit entfernt zu sein.

Weiter hat es auch mit Urlaub nichts zu tun. Urlaub, das weiss jeder und jede, der oder die bereits Kinder hat, ist schon einmal per Definition etwas anderes. Vor allem aber ist Urlaub etwas, was Sie sich privat verdient haben, weil Sie sehr lange dafür gearbeitet haben. Hier geht es um etwas ganz anderes: Es geht um die Korrektur einer versteckten Subvention an die öffentliche Hand und insbesondere an die

AB 2019 N 1467 / BO 2019 N 1467

Unternehmen in diesem Land. Heute wurde viel argumentiert, die Kosten der verschiedenen Varianten seien für die sogenannte Wirtschaft, für die Unternehmen und für die Kapitalseite nicht tragbar. Die Kosten entstehen aber sowieso: Sie werden heute einfach von den Familien getragen, insbesondere von den Frauen, die diese Arbeit gratis leisten dürfen. Die Unternehmen eignen sich dann diese Arbeit an und wandeln sie in Gewinne um, ohne je etwas dafür bezahlt zu haben. Es ist auch eine Subvention für den Staat, weil Kinderkriegen natürlich jeweils ein individueller Entscheid ist. Niemand muss das. Ich bin überzeugt, Sie können ein wunderschönes Leben haben ohne Kinder. Aber als Gesellschaft sind wir auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass Leute Kinder haben, nicht nur für die Finanzierung der Sozialversicherungen – das ist noch das Einfachste –, sondern auch, damit irgendjemand die Toilette noch flicken kann, wenn wir einmal selber alt sind.

Weiter wird hier ein ganz grosser Fehler gemacht, wenn man glaubt, mit einem Nein zu dieser Initiative etwas für die KMU zu machen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ablehnung dieser Initiative ist zutiefst gewerbefeindlich. Faktisch ziehen jetzt die grossen internationalen Unternehmen, die staatsnahen übrigens auch, mit Lösungen von mehreren Wochen Vaterschaftsurlaub davon. Der Unterschied ist ganz einfach: Das kann sich die Buchhandlung oder der Metzger bei mir um die Ecke nicht allein leisten. Dafür braucht es eine kollektive Lösung. Wenn Sie jetzt hier nicht einen Schritt tun, dann hängen Sie das Schweizer Gewerbe im Kampf um die besten Fachkräfte ab. Dann sind es nur noch die Grossen und die Multis, die entsprechend spannende Arbeitsplätze anbieten können.

Zuallerletzt: Es ist, ich gebe es zu, ein Mosaikstein – nicht mehr –, ein Mosaikstein auf dem Weg zu einer



Gesellschaft, die es schafft, dass Männer und Frauen, in welcher Beziehungskonstellation sie auch immer Kinder haben wollen, sich diese Arbeit besser aufteilen können. Inzwischen gibt es wirklich kein europäisches Land mehr – es ist kein Witz, sogar der Vatikan hat einen Vaterschaftsurlaub für seine Angestellten –, das noch nicht auf diesem Niveau angekommen ist. 2019 kann das Jahr sein, in dem wir den Schritt tun, zumindest hier anzukommen.

Ich bitte Sie, diese schon sehr bescheidene Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Rochat Fernandez Nicolas (S, VD): Aujourd'hui, nous avons l'opportunité d'écrire une nouvelle page dans l'histoire de notre pays en faveur de l'égalité entre les femmes et les hommes, en faveur d'une vie familiale pleinement ancrée dans le XXI^e siècle, en faveur du développement de l'enfant. Aujourd'hui, notre pays est clairement à la traîne et aucunement en phase avec sa population, si l'on en croit les sondages, concernant le congé-paternité et/ou le congé parental. En effet, les chiffres parlent d'eux-mêmes: la moitié des pays de l'OCDE disposent d'ores et déjà d'un congé-paternité ou d'un congé parental, dont la durée minimale est de 43 semaines, la moyenne étant de 54 semaines.

Les sondages effectués démontrent que 85 pour cent des Suisses sont favorables à l'instauration d'un congé-paternité. Et ils ont raison! Premièrement, des études démontrent que les enfants ont un meilleur développement lorsqu'ils ont grandi avec un père davantage impliqué. En effet, le congé parental ou paternité permet d'établir une relation plus forte entre le père et son enfant dès son plus jeune âge, tout en allégeant la charge de travail de la mère. Deuxièmement, si l'on parle spécifiquement du congé parental, des études démontrent clairement qu'il est profitable pour les entreprises et qu'il a un effet positif sur la productivité, le chiffre d'affaires et l'ambiance au travail.

En ce qui concerne le coût économique de l'instauration d'un congé parental, il est démontré qu'une augmentation de seulement 1 pour cent du taux d'emploi des femmes générerait suffisamment de recettes fiscales pour compenser un congé parental compris entre 18 et 20 semaines dans ce cas de figure.

Les témoignages parus aujourd'hui dans la presse sont très instructifs. J'en veux pour preuve la déclaration d'un employeur dans une société vaudoise qui emploie 85 personnes, dont 70 hommes: "Je crois que tout le monde est d'accord pour accorder un congé-paternité, mais que personne n'arrive à s'entendre sur la durée et le financement. En attendant, les familles et les enfants trinquent. Et les entreprises aussi, car le stress reporté sur les papas qui ne prennent pas le temps nécessaire engendre des erreurs, des accidents, des maladies."

En d'autres termes, cet employeur dit explicitement au monde politique de prendre ses responsabilités.

En résumé, les propositions du jour, c'est un oui pour les pères; c'est un oui pour l'égalité entre femmes et hommes; c'est un oui pour les familles, ainsi que pour les travailleuses et travailleurs de ce pays.

Maintenant, et pour autant que cette question de principe soit approuvée par le conseil, la question à trancher est la suivante: voulons-nous une demi-mesure qui fait bonne figure en ces périodes électorales, que certains que je viens d'entendre présentent comme un compromis, ou assumons-nous nos propos et convictions jusqu'au bout en allant dans la direction d'une véritable politique publique en la matière?

Pour ma part, un congé-paternité de 4 semaines constitue le minimum du minimum, et il me paraît évident qu'un véritable congé parental doit être instauré dans les meilleurs délais, et ce dans l'intérêt de nos citoyennes et de nos citoyens et, surtout, de celui de nos enfants.

Estermann Yvette (V, LU): Ein altes chinesisches Sprichwort sagt, jedes Ding hat drei Seiten: Die eine sehe ich, die andere siehst du, und die dritte sieht keiner von uns zwei. Ich war heute Vormittag und heute Nachmittag hier und habe alle Voten gehört. Wir wären, durch die Blume gesagt, hier wahrscheinlich so weit, dass wir zweihundert verschiedene Lösungen präsentieren könnten – jeder nach seinem Blickwinkel. Das ist so. Und am Abend haben wir hier in diesem Saal eine Lösung. Für den einen ist das vielleicht eine minimale Lösung. Für den anderen ist es schon zu viel.

Es ist meine Überzeugung und ein Grund meiner Skepsis gegenüber dieser Initiative und dem Gegenentwurf, dass wir hier ja auch etwas nicht tun möchten. Seit längerer Zeit tut sich ein Graben zwischen Kinderlosen und Eltern auf. Warum? 1970 gab es noch 70 Prozent Familien oder Haushalte mit Kindern. Heute sind es 57 Prozent. Es entspricht vielleicht auch der heutigen Zeit, dass man einfach eher auf das Kinderhaben verzichtet. Man kann rätseln, was die Gründe dafür sind. Was wir aber nicht tun sollten: Wir sollten diese Gräben nicht noch tiefer graben. Wir sollten sie zuschütten. Wenn Sie mit Kinderlosen sprechen, sagen diese Ihnen vielleicht: "Wissen Sie was? Wir zahlen schon für Schulen, für Kinderbetreuung, wir zahlen für Tagesstrukturen – und jetzt kommt auch noch der Vaterschaftsurlaub!" Die Gräben sollte man eher zuschütten, als sie weiter und grösser zu machen.

Wir haben hier eine Lösung, ob mit oder ohne Vaterschaftsurlaub. Ich wünsche allen Eltern, dass sie die Kinder



und die Zeit mit den Kindern geniessen können. Ich bin dafür, dass wir eine eigenständige und eigenverantwortliche Lebensführung haben, dass wir Lösungen suchen. Es ist nicht immer gut, wenn der Staat jede Lücke füllt und immer vorschreibt, was man in dieser Phase seines Lebens tun soll. Ich wünsche allen wirklich nur das Beste und hoffe, dass dieser Saal dann eine gute Lösung präsentiert. Wir hören dann ja noch weitere Voten und hören nachher auch, was der Herr Bundesrat darüber denkt.

Meyer Mattea (S, ZH): Acht Stunden – acht Stunden! – arbeitsfrei kriegt ein Mann, wenn sein Baby auf die Welt kommt und sein Leben auf den Kopf stellt. Oder anders gesagt: Wir stellen es für einen Mann auf dieselbe Stufe, wie in eine neue Wohnung zu ziehen; für beides gibt es einen Tag frei. Einen Tag frei für den Vater heisst aber auch: Wir lassen Mütter nach nur 24 Stunden mit ihren Nachwehen und ihrem Nachwuchs alleine – auch dann, wenn schon ältere Kinder da sind. Das ist eine unglaubliche Geringschätzung gegenüber dem, was eine Mutter in diesem Moment leistet. Einen Tag frei für den Vater heisst auch: Es ist uns eigentlich egal, wie das Kind eine Beziehung zum Vater aufbauen kann.

AB 2019 N 1468 / BO 2019 N 1468

Noch wirkungsvoller könnte die traditionelle Rollenzuschreibung nicht zementiert werden; denn sobald der Vater wieder zurück bei der Arbeit ist, nimmt der Alltag zu Hause dann seinen Lauf. Wer den ganzen Tag mit dem Kleinkind verbringt, lernt schnell, ob es weint, weil es Hunger hat oder weil der Bauch wehtut. Wer im Stundentakt Windeln wechselt, weiss, wann diese aufgebraucht sind und wann der Strampler zu klein geworden ist, und wer zu Beginn bei jedem Mucks die angefangene Tätigkeit unterbricht, wird das wohl auch dann tun, wenn beide zu Hause sind. Die Gefahr ist sehr schnell da, dass diese anfängliche Rollenzuteilung auch dann noch den Alltag bestimmt, wenn beide längst wieder arbeitstätig sind. Da ist der eine Elternteil, der die Hauptverantwortung trägt, die Routine kennt, alles organisiert, dort der andere, der unterstützt, der sich in der zweiten Reihe zurücklehnen kann. Der Vorsatz der gleichberechtigten Elternschaft wird schneller als gewollt auf die Probe gestellt.

Deshalb ist es eben so zentral, dass beide Elternteile von Beginn an gemeinsam und gleichwertig diese Verantwortung tragen können. Viele Väter können bereits heute mehr als einen Tag zu Hause bleiben, weil sie einen Arbeitgeber haben, der die Zeichen der Zeit erkannt hat und einen Vaterschaftsurlaub gewährt, oder weil sie es sich leisten können, unbezahlten Urlaub zu nehmen. Das Nachsehen haben aber diejenigen Mitarbeiter in KMU, die den Vaterschaftsurlaub nicht aus der Firmenkasse berappen können. Sie sind auf eine gesetzliche Regelung angewiesen, die über die Erwerbsersatzordnung finanziert wird. Deswegen verstehe ich eben auch diesen vehementen Widerstand des Gewerbeverbands nicht, es sei denn, dass er ideologisch begründet ist. Und das Nachsehen haben all die Familien, die sich unbezahlten Urlaub nicht leisten können. Benachteiligt sind aktuell aber auch alle Frauen. Sie erleben eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, weil nur sie unter Verdacht stehen, länger abwesend zu sein, wenn ein Kind auf die Welt kommt.

Ein 4-wöchiger Vaterschaftsurlaub ist das Mindeste und kann nur der erste, überfällige Schritt sein. Was es eigentlich braucht, ist eine Elternzeit. Wir haben von verschiedenen Modellen gehört, nicht von zweihundert unterschiedlichen. Wir haben von konkreten Modellen gehört, zum Beispiel von 38 Wochen, wobei je 14 Wochen für den Vater und die Mutter reserviert und 10 Wochen frei einteilbar sind. Solche Modelle sind in anderen Ländern längst eine Selbstverständlichkeit. Die Schweiz wäre auch mit einem 4-wöchigen Vaterschaftsurlaub nicht vorne mit dabei. Aber der Anfang wäre dann immerhin einmal gemacht – herzlich willkommen im 21. Jahrhundert!

Auch mit einem Vaterschaftsurlaub oder einer Elternzeit bleibt eine gleichberechtigte Elternschaft eine Herausforderung – wir kennen das –, gerade weil die Schweiz alles andere als ein familienfreundliches Land ist. Aber mit einer Elternzeit wäre es wenigstens nicht nur den privilegierten Paaren vorbehalten, sich unbezahlten Urlaub leisten zu können.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum Schluss: Jedes Jahr gehen junge Männer drei Wochen in den Wiederholungskurs der Armee. Niemand und schon gar nicht Ihre Seite schreit auf, dass das volkswirtschaftlich nicht finanzierbar sei und die Unternehmen das nicht organisieren könnten. Aber einen 4-wöchigen Vaterschaftsurlaub sollen wir uns nicht leisten können, er soll organisatorisch nicht machbar sein? Wollen wir wirklich unseren Kindern das Signal senden, dass es für uns als Gesellschaft wichtiger ist zu lernen, wie man auf Menschen schießt, und es weniger wichtig sein soll zu lernen, wie man von Anfang an für sein Kind da sein kann? Ich bin überzeugt: Wir sind eine bessere Gesellschaft, wenn die Väter präsenter sind, und wir sind auch eine friedlichere Gesellschaft.

In diesem Sinn bitte ich Sie, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.



Zanetti Claudio (V, ZH): Geschätzte Kollegin Meyer, Sie verweisen gerne auf andere Länder. Nun ist es aber so, dass praktisch alle Länder um uns herum nahezu pleite sind. Die Verschuldung ist eine der grössten Bedrohungen für Europa. Haben Sie sich mal überlegt, warum das so ist?

Meyer Mattea (S, ZH): Die Verschuldung ist in Zeiten von Negativzinsen nicht die grösste Bedrohung, da haben wir in Zeiten der Klimakrise doch noch andere Bedrohungen vor uns. Es sind Länder, die den Elternurlaub längst eingeführt haben und nicht untergegangen sind. Diese Länder gibt es auch heute noch, und die Menschen dort leben gut.

Streiff-Feller Marianne (C, BE): Die EVP Schweiz engagiert sich seit ihrer Gründung für das Wohl von Familien. Dazu gehören der Schutz der Partnerschaftlichkeit in der Familie, das Wohl der Kinder und die Aufwertung der Familienarbeit. Bereits vor neun Jahren reichte ich eine Motion für einen Vaterschaftsurlaub ein, die leider im Silo der unbehandelten Vorstösse verschwand.

Ein konsequenter Vaterschaftsurlaub trägt den grossen Veränderungen im Familienalltag Rechnung, die eine Geburt nach sich zieht. Ein guter Start braucht Zeit, Ruhe und Geborgenheit. Meines Erachtens erlauben es 20 Tage, im Sinne eines partnerschaftlichen Familienmodelles Ressourcen für die neue Organisation und Aufgabenteilung in der Familie zu investieren. Dies kommt dem Bedürfnis vieler Väter entgegen, in der Familie zusätzlich Verantwortung übernehmen zu können. Familienarbeit wird damit aufgewertet.

Väter können von Beginn an eine Bindung zum Neugeborenen aufbauen, eine adäquate Begleitung und Betreuung der Geschwister übernehmen und zusammen mit den Müttern im Familienleben Präsenz markieren. Mittelfristig erlaubt ein konsequenter Vaterschaftsurlaub auch einen reibungslosen Übergang der Mütter in die Erwerbstätigkeit, da Väter dann besser in die Familienarbeit eingebunden sind.

Die EVP Schweiz hat die Initiative unterstützt. Der Ständerat hat einen indirekten Gegenvorschlag präsentiert. Dieser definiert die Eckpunkte eines der Gegenwart angepassten Vaterschaftsurlaubs gut. Meines Erachtens trägt die flexible Bezugsmöglichkeit den Bedürfnissen der Familien und der Arbeitgebenden Rechnung. Der Zeitrahmen erlaubt Planbarkeit bei den Abwesenheiten der Arbeitnehmer und kommt den organisatorischen Herausforderungen der kleineren und mittleren Unternehmen entgegen. Die Form, Höhe und Bemessung der Entschädigung, die sinngemäss jenen der Mutterschaftsentschädigung entsprechen, sind meines Erachtens sinnvoll und angebracht.

Allerdings denke ich, dass der Zeitrahmen, wie er von der Mehrheit im indirekten Gegenentwurf definiert ist, also 2 Wochen, dem heutigen Bedürfnis von Familien unzureichend Rechnung trägt. Deshalb empfehle ich, der Minderheit V (Wüthrich) zu folgen, die den Anspruch auf 28 Tage erhöht. Eine Elternzeit ist sicherlich das Modell der Zukunft. Allerdings ist das für die KMU nur schwer umsetzbar. Deshalb lehnen wir die vorgeschlagenen Lösungen ab.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir sowohl die Initiative als auch den indirekten Gegenentwurf annehmen werden, allerdings werde ich mich für einen Urlaub von mindestens 20 Tagen einsetzen, da 20 Arbeitstage sinnvoll, machbar, bezahlbar und für ein zeitgemässes Familienleben nötig sind. Die zusätzlichen Kosten entsprechen durchschnittlich dem Preis einer Tasse Kaffee pro Monat und Person. Das sollte doch für Arbeitnehmende und Arbeitgebende durchaus tragbar sein. Familien sind für das Wohlergehen und die Zukunft der Schweiz zentral. Es ist unabdingbar, dass von Beginn an dem Familienleben bestmögliche Chancen gegeben werden.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Sozialpolitische Errungenschaften für die Bevölkerung erfordern in der Schweizer Politik einen langen Atem, erfordern mehrere Anläufe. Das war bei der Einführung der AHV vor über siebenzig Jahren so, das war bei der Einführung der Mutterschaftsversicherung vor knapp fünfzehn Jahren nicht anders. Heute befinden wir uns im politischen Langstreckenlauf um die längst überfällige und von einer Mehrheit der Bevölkerung geforderte Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, der seinen Namen verdient. Die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs ist überfällig, weil er die Rollen- und Aufgabenteilung in Familien erleichtert, weil er die Bindung innerhalb der Familien stärkt, weil er

AB 2019 N 1469 / BO 2019 N 1469

ökonomisch Sinn macht und weil er der Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt entgegenwirkt. Unterhalten Sie sich einmal mit Frauen zwischen 25 und 35 Jahren, die in einem Bewerbungsprozess stehen. Es ist erschreckend, wie häufig Frauen auf ihre Familienplanung angesprochen werden, sei es direkt oder durch die Blume. Sie werden jetzt vielleicht sagen, das sei nicht erlaubt. Aber es passiert, und hier liegt der Kern des Problems: Solange Arbeitgebende nicht auch bei Männern mit einer Vaterschaft rechnen müssen, die zu einem Erwerbsunterbruch führen könnte, sind Frauen bei der Stellensuche klar diskriminiert. Diese Logik



können wir mit der Einführung eines Vaterschaftsurlaubs durchbrechen und mit der Einführung einer Elternzeit endgültig beerdigen.

Etwas anderes beschäftigt mich auch noch, wenn ich der heutigen Debatte folge und wenn ich mir die vergangenen Debatten um die Einführung sozialpolitischer Fortschritte vor Augen führe. 2001 hat dieses Parlament die Einführung der Mutterschaftsversicherung diskutiert – einige von Ihnen waren bereits dabei. Der damalige Direktor des Gewerbeverbands, ein FDP-Nationalrat, hat in jener Debatte eine führende Rolle gespielt, und die Mehrheit der FDP-Fraktion hat am Karren gezogen. Ich wünschte mir auch heute einen solch progressiven Gewerbebandsdirektor, ich wünschte mir Verbündete in der FDP-Fraktion für gleichstellungspolitische Durchbrüche und sozialpolitische Fortschritte. Ich wünsche mir keine Debatten darüber, ob junge Frauen, junge Mütter, jetzt in die Politik gehen oder lieber noch zuwarten sollen.

Wer sind die verlässlichen Partner für echte Gleichstellung, für die Stärkung der Familien, für sozial- und gesellschaftspolitische Fortschritte in diesem Land? Nun, diese Fragen können eigentlich nur die Wählerinnen und Wähler in diesem Land beantworten. Denn in der Frage der Einführung eines echten Vaterschaftsurlaubs ist die Stimmbevölkerung unserem Parlament um Meilen voraus – das wird sich an der Urne zeigen, da bin ich überzeugt.

Die Empfehlung zu einem Ja zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative ist das Minimum.

Marra Ada (S, VD): Beaucoup de monde s'est exprimé à cette tribune aujourd'hui. Et nous nous répétons, c'est vrai. Mais c'est parce que chacune et chacun d'entre nous a envie de faire partie de celles et ceux qui veulent enfin réduire le décalage entre le Parlement et la société. 500 000, c'est le nombre de personnes qui sont descendues dans la rue le 14 juin dernier pour manifester en faveur de l'égalité, d'une autre société, plus moderne.

Le congé-paternité fait partie de cet arsenal juridique qui change la vie des gens, comme une évidence. Les pères veulent aussi s'engager dans ce moment particulier qu'est la naissance d'un enfant. Pour la plupart des gens de notre pays, il est loin le temps où l'homme allait travailler, grisé de sa propre autosatisfaction, grisé par l'idée qu'il subvenait aux besoins de sa famille, et où la femme restait à la maison, heureuse de préparer un nid douillet pour sa famille. Tout cela n'existe plus. Aujourd'hui, les hommes et les femmes veulent tout, et ils ont raison: du travail, une famille. Ils veulent des petits bonheurs quand c'est possible. Etre présent au moment de la naissance d'un enfant en fait partie. Au-delà du sentiment, c'est surtout un soutien indispensable pour la mère qui ne peut pas tout gérer.

Il faut contextualiser le vote d'aujourd'hui dans un temps plus long. Cela nous permettra d'ouvrir les yeux sur qui nous sommes. En comparaison internationale, la Suisse a introduit dans les derniers le droit de vote des femmes, en 1971. La Suisse a introduit très tardivement la réalité du congé maternité, en 2005. La Suisse n'a pas de véritable loi sur l'égalité salariale et ne combat pas les inégalités de genre en la matière. La Suisse n'a pas de mariage pour toutes et tous. La liste est longue.

Alors, aujourd'hui, c'est d'un balbutiement qu'il s'agit: un congé-paternité de 4 semaines, comme le propose l'initiative populaire, ou de 2 semaines, comme le proposent deux commissions. Mais ce dont nous avons vraiment besoin, c'est d'un congé parental digne de ce nom. Diverses propositions sont présentées. Le groupe socialiste préconise 14 semaines pour la mère, 14 semaines pour le père, et 10 semaines supplémentaires à se répartir par la suite.

Alors oui, ce que nous vivons aujourd'hui est historique, car ce n'est que le début d'un réel processus vers un congé parental, mais c'est aussi dramatique, car ce qui est proposé est de toute façon insatisfaisant et montre l'immense décalage entre nous et la société. Quand abandonnerons-nous cette mentalité patriarcale et machiste? Les familles suisses sont prêtes, est-ce que nous nous le sommes?

En tout cas, le groupe socialiste recommandera d'accepter l'initiative populaire, qui propose un congé-paternité de 4 semaines, ce qui est un minimum.

Geissbühler Andrea Martina (V, BE): Bei der Frage des Vaterschaftsurlaubes ist es wichtig, die Bedürfnisse des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen, denn die Kinder machen eine Familie aus. Jedes Kind hat wohl Freude, wenn es von beiden Elternteilen betreut und begleitet wird und viel Zeit mit ihnen verbringen kann. Aber gerade am Anfang seines Lebens verbringt ein Baby die meiste Zeit mit Schlafen oder Essen beziehungsweise Trinken. Also sind dann die Väter am wenigsten gefragt, und ein Vaterschaftsurlaub in dieser Zeit ist nicht sinnvoll.

Ich habe selber drei Kinder, und es ging sehr gut auch ohne Vaterschaftsurlaub. Dafür hütet und betreut mein Mann die Kinder, wenn ich hier bin, und hat deshalb eine sehr schöne, starke und enge Bindung zu den Kindern. Dafür verzichtet er auf eine hundertprozentige ausserhäusliche Arbeit. Vaterzeit ist in Eigenver-



antwortung zu organisieren und nicht vom Staat oder von den Arbeitgebern zu bezahlen. Wenn man für die Familien eintreten und etwas Gutes machen möchte, dann wäre es, wenn schon, sinnvoll, mehr Teilzeitzstellen zu schaffen, damit beide Elternteile die kurze Zeit bis zum Schuleintritt – der seit Harnos bereits mit vier Jahren erfolgt – nutzen können, um ihr Kind individuell zu betreuen.

Mir fällt auf, dass die gleichen Kreise, welche sich für den Vaterschaftsurlaub starkmachen, ihre Kinder oft schon vor der Geburt in einer Krippe anmelden. Auch kenne ich Eltern, die während des Mutterschaftsurlaubes das ältere Kind weiterhin in die Krippe schicken. Das zeigt, dass der Eltern- oder Vaterschaftsurlaub nicht primär wegen des legitimen Bedürfnisses des Kindes, den Alltag mit dem Vater und der Mutter zusammen verbringen zu können, gefordert wird. In dieser Frage erwarte ich mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative, nicht noch mehr staatliche Eingriffe und damit eine höhere Steuerbelastung aller Schweizer Bürgerinnen und Bürger.

Ich bitte Sie, die Volksinitiative und den indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Gabrielle Nanchen, Walliser Nationalrätin der SP, gewählt 1971 nach Einführung des Frauenwahlrechts, rüttelte 1979 die Schweiz auf. Völlig unerwartet begründete Nationalrätin Gabrielle Nanchen ihren Rücktritt wie folgt: "Depuis la naissance de mon troisième enfant, il y a une année", expliquait-elle dans la déclaration remise à son parti, "il m'est devenu très difficile de concilier mes obligations politiques et mes tâches familiales." Eine äusserst talentierte Walliser Nationalrätin ging der Schweiz verloren. Meine Generation wusste damit klar: Wenn du mehr als zwei Kinder hast, kannst du Beruf, Politik und Familie nicht mehr vereinbaren.

40 Jahre sind seit dem Rücktritt von Gabrielle Nanchen vergangen. Und heute ist in der neuen Unicef-Studie zur Familienfreundlichkeit von 31 europäischen Ländern vom Juni 2019 zu lesen, dass die Schweiz auf dem letzten Platz landet. Kritisiert werden insbesondere der kurze Mutterschaftsurlaub und die fehlende gesetzliche Verankerung eines Vaterschaftsurlaubs. Die familienfreundlichsten Gesetze gibt es in Schweden, Norwegen und Island. Ebenfalls in die ersten 10 der 31 untersuchten Länder schafften es Deutschland, Estland, Portugal, Dänemark, Slowenien, Luxemburg und Frankreich. Noch vor dem Schlusslicht Schweiz liegen Grossbritannien, Zypern und Griechenland. Diese Rückständigkeit der Schweiz ist das Ergebnis einer politisch rechten Mehrheit im Bundesrat, im Ständerat und im Nationalrat.

AB 2019 N 1470 / BO 2019 N 1470

Es brauchte den Frauenstreik vom 14. Juni 2019, um die Schweiz erneut aufzurütteln. Es war der grösste Streik seit dem Landesstreik vom November 1918. Es brauchte die Einführung der Mutterschaftsversicherung im Jahr 2005 – nach langem Kampf der SP und der Gewerkschaften –, um die auf 1,42 gesunkene Geburtenrate wieder ansteigen zu lassen. Entgegen den Abstimmungserläuterungen zur Mutterschaftsversicherung konnte der Satz für die Erwerbsersatzordnung 2016 gesenkt werden.

Zur Initiative: Der Begriff "Vaterschaftsurlaub" stimmt nicht. Die wenigen Tage, die einige Väter heute beziehen können, beginnen bereits mit Eintritt der Wehen der Frau. Eine Geburt dauert oft viele Stunden, ja Tage, womit die sogenannte Urlaubszeit, in welcher der Vater sein neugeborenes Kind kennenlernen darf, definitiv kein Urlaub ist. Oder haben Sie das Gefühl, dass ein Vater, der nach zwei Tagen mit einer anstrengenden Geburt und drei weiteren Tagen ohne jeglichen Schlaf wieder ins Geschäft zurückkehrt, wirklich produktiv sein kann? Ich hatte die Chance, als Gemeindepräsidentin von Bolligen mit einer fortschrittlichen Mehrheit im Gemeinderat im Jahr 2006 einen Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen einzuführen. In meiner Kanzlei, die ich seit 1987 führe, finanziere ich den werdenden Müttern und Vätern ihre Elternzeit selbstverständlich mit; dies, damit die Eltern, und damit hat Herr Wermuth sehr recht, die Zeit für ihre Kinder nicht zur Subventionierung der Wirtschaft einsetzen müssen.

Daher unterstütze ich das Ja zur Elternzeit von 38 Wochen. Kommt das heute nicht durch, werde ich mich mit der SP sehr gerne für die Initiative engagieren, für eine Vater-, Mutter- und Elternzeit von 38 Wochen. Ich freue mich auf die zukunftsgerichtete öffentliche Debatte. Kinder haben ein Recht auf die gleichen Chancen. Sie sollen nicht weiterhin nur diesen Flickenteppich von ungleichen Mutter- und Vaterzeiten haben; das ist ein verstaubtes Rollenmodell.

Büchel Roland Rino (V, SG): Frau Kiener Nellen, vielen Dank für das Votum, das war ja schon sehr belebend. Wie viel wird das, was Sie vorhaben, die Steuerzahler oder die Beitragszahler, die Menschen in diesem Land, pro Jahr kosten?

Kiener Nellen Margret (S, BE): Es wurde von vielen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt: Mit den zusätzlichen Erwerbszeiten, welche Frauen, Mütter und Väter in Zukunft dauerhaft in die Wirtschaft einbringen werden



können, an ihren Arbeitsplätzen, sei es als Selbstständigerwerbende, sei es als Angestellte, sind alle Elternzeiten, wie sie in allen Ländern bestehen, finanziert. Im Übrigen wird es in der Schweiz dieses Jahr – das wurde gesagt – mehr als 2,2 Milliarden Franken Überschuss geben; wahrscheinlich sind es um die 3 Milliarden Franken per Ende Jahr.

Es ist nicht eine Frage der Finanzierung, es ist eine Frage des politischen Willens. Es ist einzig eine Frage des politischen Willens, die Frage ist, ob die Ideologie das will oder nicht. Ich trete ein für eine Schweiz, die die Menschenwürde achtet, die die Menschen ins Zentrum stellt (*Interruzione della presidente: Una risposta corta, signora Kiener Nellen!*) und nicht ausschliesslich die Kosten und den Profit.

Graf Maya (G, BL): Gerne möchte ich Ihnen zu Beginn meine Interessenvertretung in diesem Geschäft bekanntgeben: Ich bin Co-Präsidentin von Alliance F.

Vor gut zwei Jahren hat Alliance F zusammen mit Travail Suisse, dem Verein Männer.ch und Pro Familia Schweiz die Volksinitiative "für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie" eingereicht, über die wir heute sprechen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung ist ein Verfassungsauftrag. Als Vizepräsidentin des Vereins "Vaterschaftsurlaub jetzt!" möchte ich Sie daher heute bitten, der Forderung der Initiative nach 4 Wochen Vaterschaftsurlaub zuzustimmen. Das ist bereits ein Kompromiss und ein absolutes Minimum auf dem Weg zu einer echten Elternzeit. Seine Einführung ist ein dringendes Gebot der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter, der väterlichen Präsenz in der Kinderbetreuung, einer fairen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und ein Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels.

Der Vaterschaftsurlaub entspricht einem grossen Bedürfnis in der Gesellschaft, in der Bevölkerung. Dies hat in den letzten Tagen die neueste Umfrage zum wiederholten Mal gezeigt: Fast 85 Prozent der Befragten wollen einen bezahlten Vaterschaftsurlaub, und ganze 76 Prozent der Stimmberechtigten würden zum heutigen Zeitpunkt dieser Initiative eher oder ganz zustimmen.

Der Lancierung dieser Volksinitiative sind ja so viele Jahre vorausgegangen, in denen der Gesetzgeber wiederholt die Notwendigkeit eines Vaterschaftsurlaubs verneint hat. Es ist daher dieser Initiative zu verdanken, dass wir nun endlich nicht nur intensiv darüber sprechen, sondern dass auch eine Lösung vorliegt, auch wenn sie noch das Minimum vom Minimum ist.

Der Vaterschaftsurlaub ist der erste Schritt hin zu einer Elternzeit. Nur die Elternzeit ermöglicht die hälftige Aufteilung zwischen den Elternteilen. Dies ermöglicht es den Eltern, auch nach der Geburt eines Kindes ihre Erwerbsbiografien weiterzuentwickeln und miteinander eine faire Arbeitsteilung auszuhandeln und auch so durchzuführen.

Ein 2-wöchiger Vaterschaftsurlaub ist zu wenig, um das bestehende Rollenverhältnis aufzubrechen. Nur ein Vaterschaftsurlaub, der mindestens 20 Tage dauert, kann das leisten. Er muss und wird die Erwerbskontinuität der Mütter stärken und hilft so, das Karriererisiko Familiengründung für Frauen zu mindern; er leistet einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel, den wir in der Schweiz haben; und er gibt Paaren Anreize, die Erwerbs- und Betreuungsarbeit fairer aufzuteilen. Er sticht auch als Argument im internationalen Wettkampf um die besten Arbeitskräfte. Ich verstehe nicht, warum gerade die KMU und die Kleinen sich so dagegen wehren. Möchten sie wirklich, dass die grossen Arbeitgeber in unserem Land mit ausgedehntem Vaterschaftsurlaub ihnen die besten Arbeitskräfte abwerben?

Immer noch – und das ist ein weiterer Punkt – leisten Mütter den Grossteil der Betreuungs- und Haushaltsarbeit, und immer noch tragen heute Mütter das Karriererisiko Familiengründung allein, während die rationale Wahl für die Familie auch heute noch darin besteht, dass der Vater die Erwerbsarbeit in unverändertem Vollpensum aufrechterhält. Die Folgen sind bekannt. Der Karriereknick der Mutter setzt sich in einem dauerhaft niedrigen Einkommen und geringeren Aufstiegschancen fort, im Alter gar mit einer kleineren Rente. Das Potenzial gutausgebildeter Frauen als Fach- und Führungskräfte liegt brach. Ich denke, das können wir uns in der Schweiz nicht länger leisten. In den Geschäftsleitungen der hundert grössten Schweizer Unternehmen sitzen noch immer 90 Prozent Männer. Ganz zu schweigen davon, dass eine systematische, de facto gesetzlich bedingte Ungleichverteilung der Erziehungs- und Erwerbszeit den Verfassungsauftrag der tatsächlichen Gleichstellung in allen Lebensbereichen eigentlich unterminiert.

4 Wochen Vaterschaftsurlaub sind bereits ein Minimum, ein Kompromiss. Machen wir heute diesen ersten Schritt Richtung Elternzeit! Wir sind ein fortschrittliches Land. Wir sagen zu Recht, wir haben Innovationskraft. Wir sind eines der reichsten Länder der Welt. Seien wir fortschrittlich, innovativ, und investieren wir in die Gleichstellung und eben in die Elternzeit oder hier als ersten Schritt in einen Vaterschaftsurlaub, der diesen Namen verdient.



Molina Fabian (S, ZH): Ich habe keine Kinder. Wenn ich mir die Argumente der rechten Ratsseite zu einer "Papizeit" von 2 Wochen anhöre, dann bin ich mir auch überhaupt nicht sicher, ob ich je welche haben möchte. Ich stamme aus einer Generation, die die echte Gleichstellung aller Geschlechter haben will. Das heisst, dass niemand aufgrund seines Geschlechts benachteiligt wird und dass alle Geschlechter die gleichen Chancen haben. Wir wollen diese Gleichberechtigung der Geschlechter nicht irgendwann, sondern wir wollen sie genau jetzt. Das gilt eben auch für die Männer. Es ist schlicht lächerlich, wenn die Gleichen, die über den Feminismus und die angebliche Diktatur der Frauen

AB 2019 N 1471 / BO 2019 N 1471

jammern, jetzt gegen eine Massnahme sind, die den Männern mehr Rechte gewährt. Es ist schlicht unglaublich, wenn sie behaupten, sich für Männerrechte einzusetzen, es aber Millionen von Vätern in unserem Land verweigern, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen.

Gute Politik heisst, die Bedürfnisse aller Menschen und nicht Profitinteressen ins Zentrum zu stellen. Und wenn Sie es zu teuer finden, auch für Eltern und die Kinderbetreuung Politik zu machen, dann sollten Sie wenigstens ehrlich sein: Die Gewinne von ein paar Unternehmen sind Ihnen wichtiger als glückliche, gleichberechtigte und aufgehobene Kinder.

Dass wir hier ernsthaft darüber diskutieren, ob ein einziger freier Tag bei der Geburt eines Kindes ausreichend ist, ist schlichtweg absurd. Es reiht sich aber in die Bilanz des Parlamentes der letzten vier Jahre ein: Sozialer Fortschritt kommt nicht aus dem Nationalrat, kommt nicht vom Bund. Genau deshalb lanciert die SP diesen Samstag im Kanton Zürich eine Initiative für eine Elternzeit von 36 Wochen für beide Elternteile. Das ist eine Familienpolitik, die ermächtigt und befreit, und es wäre schön, wenn eine solche Politik in Zukunft auch im Nationalrat gemacht würde. Dann müssten sich weniger junge Menschen in der Schweiz überlegen, ob sie überhaupt Kinder haben wollen. Dann würde es für alle einfacher, für die Kinder, für die Eltern, für die Grosseltern, für die Schule und für die ganze Gesellschaft.

Machen wir heute diesen kleinen – man könnte sagen: winzigen –, aber wichtigen Schritt, und sagen wir Ja zu 4 Wochen "Papizeit".

Steinemann Barbara (V, ZH): Herr Molina, auch Sie haben behauptet, dass sich Männer nichts sehnlicher wünschen als Vaterschaftsurlaub. Im Durchschnitt beträgt der Vaterschaftsurlaub in der OECD 8 Wochen; der dazugehörige Bericht hält fest, dass z. B. in Polen und Australien 2 Prozent der bezugsberechtigten Väter (*Zwischenruf des Präsidenten: Die Frage bitte, Frau Steinemann!*) und in Frankreich und Österreich 4 Prozent der bezugsberechtigten Väter diesen Vaterschaftsurlaub in Anspruch genommen haben. Vielleicht wollen diejenigen, die Sie hier mit dem Vaterschaftsurlaub glücklich machen wollen, gar nicht glücklich werden: 4 Prozent, 2 Prozent!

Molina Fabian (S, ZH): Geschätzte Frau Kollegin Steinemann, Sie haben die Umfrage bestimmt auch gesehen, wonach 85 Prozent der Menschen in diesem Land sich eine Elternzeit bzw. einen Vaterschaftsurlaub wünschen, weil sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen. Es geht auch – das ist vielleicht schwierig zu verstehen – um die Strukturen. Wenn Sie es gar nicht ermöglichen, dass Leute das Recht haben, bei ihren Kindern zu sein, dann ist es auch schwierig, das zu wollen. Denn wieso soll ich mich gegen etwas wehren, das ich nicht ändern kann? Wir können es ändern. Dazu braucht es den politischen Willen dieses Rates heute.

Hausammann Markus (V, TG): Geschätzter Herr Kollege Molina, was diese Umfrage betrifft: Könnte es nicht der gleiche Effekt sein, wie wenn Sie die Leute fragen, ob sie Bioprodukte wollen? Dann wollen 85 Prozent Bioprodukte, aber nur knapp 20 Prozent kaufen sie auch ein.

Molina Fabian (S, ZH): Ja, aber wissen Sie, Herr Hausammann, es geht um Rechte. Wenn ich das Recht habe, einen Vaterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen, dann kann ich wählen. Wenn ich dieses Recht nicht habe, dann kann ich auch nicht wählen. Ich bin für eine freiheitliche Politik.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): La Suisse a attendu 50 ans pour introduire le congé maternité! Je ne suis pas la seule à le mentionner dans ce long débat, mais je crois que ce temps énorme mérite que l'on martèle la chose afin que nous ne refassions pas les mêmes erreurs. Allons-nous temporiser aussi longtemps pour faire aboutir un congé-paternité digne de ce nom? Il a fallu une initiative populaire pour que le Parlement se saisisse à nouveau de ce sujet. Je rappelle aussi que la Suisse est le seul pays en Europe à ne pas avoir introduit de congé-paternité.

La perception de la répartition des tâches entre hommes et femmes a beaucoup évolué. Mais dans les faits,



les femmes continuent d'assumer la majeure partie des tâches liées au bien-être de la famille, et ces tâches ne sont pas rémunérées, rappelons-le. La conciliation entre vie familiale et vie professionnelle est toujours compliquée, surtout pour les femmes. Pourtant, de plus en plus d'hommes veulent s'impliquer dans l'éducation de leurs enfants, et cela dès la naissance. Mais la société, et surtout les entreprises qui ne prévoient pas de congé-paternité, mettent des obstacles à leurs aspirations. Et contrairement à ce que certaines et certains ont pu dire précédemment, on ne peut pas se reposer uniquement sur la volonté ou sur la responsabilité individuelle, la société a aussi des devoirs envers la famille. Pourtant, par comparaison, personne ne remet en cause l'absence de l'entreprise des hommes quand ils accomplissent leurs obligations militaires. C'est tout à fait normal, cela a un coût, mais tout le monde trouve cela formidable – enfin pas tout le monde.

De nombreuses conventions collectives ne prévoient qu'un jour de congé pour les pères. Certaines accordent 5 jours à leurs employés. Les collectivités publiques, quant à elles, sont un petit peu plus généreuses. C'est ainsi qu'une trentaine de villes suisses accordent entre 5 et 10 jours. Quelques villes comme Genève, Berne, Lausanne, Lucerne, Bellinzone offrent 20 jours ouvrables. Cette situation n'est évidemment pas satisfaisante, car elle fait perdurer des inégalités entre les régions et les employés selon les entreprises dans lesquelles ils sont engagés.

Aux yeux des socialistes, la situation actuelle n'est plus admissible: nous prônons une politique familiale moderne et sociale, qui met l'égalité des sexes au centre de nos préoccupations. Nous avons donc pour objectif d'introduire un congé parental de 38 semaines, à savoir 14 semaines chacun et chacune et 10 semaines à répartir dans le couple à sa convenance.

Nous considérons ce congé comme un investissement pour l'avenir et non comme une contrainte. La Suède, qui a un niveau de vie comparable au nôtre, se montre beaucoup plus généreuse: les couples disposent de 480 jours à se répartir, avec 80 pour cent du salaire pendant les 390 premiers jours. La Norvège fait encore mieux, avec 46 semaines et 100 pour cent du salaire. Ce principe est soutenu tant par les partis politiques que par les milieux de l'économie. L'association "Le congé-paternité maintenant!" a présenté les résultats de l'enquête sur le congé-paternité. Les résultats sont clairs. Une écrasante majorité de près de 85 pour cent de l'électorat suisse souhaite un congé-paternité rémunéré, et 76 pour cent dit oui à l'initiative populaire "pour un congé de paternité raisonnable – en faveur de toute la famille".

La décision de principe que nous prenons aujourd'hui est cruciale pour l'avenir de notre pays: voulons-nous une Suisse qui vit avec son temps ou une Suisse du passé qui perpétue des valeurs dépassées, mais aussi des discriminations?

Je vous demande donc de recommander l'acceptation de l'initiative, qui a au moins le mérite d'inscrire le besoin d'un congé-paternité dans notre législation et pourra être la base de projets ultérieurs plus généreux et tenant mieux compte des besoins de notre population.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, und ich bin dreifacher Vater.

Wenn ein Betrieb das Gefühl hat, er tue etwas Gutes für seine jüngeren männlichen Mitarbeitenden, indem er ihnen einen mehr oder weniger grosszügigen Vaterschaftsurlaub gibt, dann ist das eine feine Sache. Wenn die Sozialpartner Mindestvorgaben für den Vaterschaftsurlaub in ihre Gesamtarbeitsverträge (GAV) einbauen, dann ist das absolut okay. Störend ist aus meiner Sicht aber der Umstand, dass man in diesem Bereich erneut den Staat zwingen will, etwas durchzusetzen, was die Sozialpartner viel besser regeln können und was die Sozialpartner vor allem alleine regeln können. Vaterschaftsurlaube sind nämlich ein klassisches Anwendungsgebiet und ein klassisches Element für GAV-Verhandlungen. Deshalb muss ich Ihnen schon sagen: Ich bin zutiefst überrascht, dass jetzt ausgerechnet einer der

AB 2019 N 1472 / BO 2019 N 1472

gewerkschaftlichen Dachverbände, Travail Suisse, das Thema Vaterschaftsurlaub in den Schoss des Staates legen will. Für mich ist das nichts anderes als eine gewerkschaftliche Bankrotterklärung. Nebenbei bemerkt: Vielleicht erklärt eine solche Politik auch, weshalb die Gewerkschaften mit kontinuierlichem Mitgliederschwund konfrontiert sind.

Ich glaube, es ist wichtig, wenn wir die Thematik Vaterschaftsurlaub behandeln, dass wir auch einmal das grosse Bild der Sozialversicherungen zeichnen; und da mache ich mir, ich muss es Ihnen offen gestehen, enorm grosse Sorgen. Ich muss nämlich feststellen: Die Sozialversicherungen insgesamt sind in einer massiven Schiefelage. In der staatlichen Altersvorsorge sind wir spätestens in fünf Jahren auf weitere Zuschüsse angewiesen. Wir haben riesige Finanzdefizite. Die Botschaft zur AHV 21 ist eine Ausbauvorlage und nicht eine Sanierungsvorlage. Bei der beruflichen Vorsorge der zweiten Säule sind wir uns alle einig, dass der Min-



destumwandlungssatz substanziell gesenkt werden muss. Es liegt ein Vorschlag, ein Gewerkschaftsmodell, auf dem Tisch, unterstützt vom Schweizerischen Arbeitgeberverband, der gemäss Studien von unabhängigen Pensionskassenexperten eine Ausbauversion von 3,5 Milliarden Franken vorsieht. Wir haben in den Ergänzungsleistungen weiterhin stark ansteigende Ausgaben, und wir haben enorme Baustellen im ganzen Sozialversicherungsbereich. Vor diesem Hintergrund kann es meiner Meinung nach nicht angehen, dass man jetzt wieder neue Leistungen beschliesst.

Kommt noch hinzu – und das wurde heute deutlich –, dass hinter diesem Projekt eine enorme Forderungsmentalität mit unabsehbaren Forderungen steht, die heute ja nur den Startpunkt programmiert hat, die aber die Sozialversicherungen massiv weiter ausbauen will. Das müssen Sie sich vergegenwärtigen, wenn Sie die Minderheitsanträge anschauen. Den extremsten Antrag stellen Mitglieder der grünen und der sozialdemokratischen Fraktion. Sie wollen eine Elternzeit von 52 Wochen mit Kosten von 3,5 Milliarden Franken jährlich. Ich frage Sie: Wer will denn das bezahlen?

Wenn ein Gewerkschaftskollege heute Morgen vollmundig proklamiert hat, die Annahme dieses Vaterschaftsurlaubes sei progressiv, dann muss ich das klar als Wahlkampfgetöse und Realisierung des eigenen linken Parteiprogramms bezeichnen. Was mit dieser Vorlage und allen Forderungen, die auf dem Tisch sind, getrieben wird, ist nichts anderes als eine verantwortungslose Politik, die einen ungedeckten Check ausstellt. Die junge Generation, die heute begünstigt werden soll, wird in wenigen Jahren ein böses Erwachen erleben, weil all diese Soziallasten, diese Kosten, drückend auf ihren Schultern liegen werden und sich die Frage stellen wird: Wie sanieren wir diese Sozialversicherungen?

Deshalb bin ich der Meinung, dass diese Vorlage kein zukunftsweisender Weg ist.

Wüthrich Adrian (S, BE): Herr Bigler, Sie haben jetzt ausgeführt, weshalb Sie einem Vaterschaftsurlaub negativ gegenüberstehen. Finden Sie nicht auch, dass die heutige Lösung tendenziell die kleinen und mittleren Unternehmen benachteiligt, da eigentlich nur die grösseren Unternehmen einen Vaterschaftsurlaub anbieten können? Das sagen Kolleginnen und Kollegen aus der Wirtschaft. Finden Sie nicht auch, mit einem gesetzlichen Vaterschaftsurlaubsmodell würden eben gerade die Mitglieder des Gewerbeverbands entlastet?

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Ich kann schon nachvollziehen, dass Ihre Gewerkschaftskollegen aus der Wirtschaft das sagen. Die Antwort auf die gestellte Frage ist: Die KMU werden mit dieser Vorlage massiv belastet, weil es ja nicht nur um das Bezahlen des Vaterschaftsurlaubes an sich geht. Nehmen Sie einen Kleinbetrieb mit fünf Angestellten – 80 Prozent aller Betriebe haben diese Grössenkatégorie –, der einen Mitarbeiter mit Vaterschaftsurlaub und dummerweise noch einen Krankheitsfall hat. Da muss ich Ihnen schon sagen: Für diese Betriebe ist es, vor allem wenn der Vaterschaftsurlaub tageweise bezogen wird, teuer, Stellvertretungen zu organisieren. Das kostet. Deshalb hat der Bundesrat in der Botschaft zu Recht darauf hingewiesen, dass nebst den Kosten für die Erwerbsersatzordnung noch einmal massive Mehrkosten entstehen, die administrativ belasten, die von den KMU bezahlt werden müssen. Hinzu kommt noch, dass die Erwerbsersatzordnung nur 80 Prozent des Lohnes abdeckt. Darüber hinaus liegt die Last bei den Betrieben.

Meyer Mattea (S, ZH): Kollege Bigler, wenn ich Ihnen so zuhöre, stellt sich mir schon die Frage: Wäre es Ihnen eigentlich am liebsten, wenn wir die Mutterschaftsversicherung wieder aus dem Gesetz nehmen würden und alles sozialpartnerschaftlich in GAV geregelt würde? Eigentlich sollte es ja keinen Unterschied machen, ob es um eine Mutter oder um einen Vater geht.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Schauen Sie, das ist eine sehr blauäugige Frage, die eigentlich die Politik der Gewerkschaften auch in Sozialpartnerverhandlungen zudeckt. Das System läuft ja so: Man bringt ein Anliegen wahlweise entweder ins Gesetz oder in den GAV. Ihren Vaterschaftsurlaub haben wir nach diversen Sozialpartnerverhandlungen im GAV. Hat man einmal eine Lösung, kommt die Politik der Gewerkschaften und will diese Lösung als Gesetz fest etablieren. Ich wage Ihnen zu prognostizieren, dass in ein, zwei Jahren die gleichen Gewerkschaften hier aus diesem Ratssaal an den Verhandlungstisch mit den GAV treten wollen und sagen: "2 oder 4 Wochen Vaterschaftsurlaub, das ist ja nur das gesetzliche Minimum, das ist ja so mickrig, macht doch 8 oder 10 Wochen Vaterschaftsurlaub." Das ist die Politik der Gewerkschaften!

Marti Min Li (S, ZH): Ich habe in der Vorbereitung zur heutigen Debatte im Amtlichen Bulletin die Debatte des Ständerates gelesen und bin dort über einen Satz von Andrea Caroni gestolpert. Er hat Folgendes gesagt: "Ich bin noch heute stolz darauf, dass ich der Erste in unserem Haushalt war, der ein Kind gewickelt hat, und ich kann jedem frischgebackenen Vater eine solch intensive Familienzeit nur wärmstens ans Herz legen." Nun ist dieser Wunsch ein wenig hohl, wenn man nicht die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten bereit-



stellen will. Aber darum geht es mir eigentlich nicht. Es geht mir um etwas anderes. Andrea Caroni ist nicht der einzige Mann, der mir in den letzten zwanzig Jahren Beruf und Politik in Vorstellungs- und Pausengesprächen begegnet ist und sich ein wenig gebrüstet hat damit, dass er Windeln gewechselt hat. Ich habe aber noch nie eine Frau getroffen, die das gesagt hat. Ich vermute, es ist nicht so, weil Frauen nicht Windeln wechseln. Ich vermute, es ist so, weil es für sie nichts Aussergewöhnliches ist, weil es einfach dazugehört.

Neben dem Wickeln und dem Füttern gibt es viele andere Dinge, die einfach dazugehören: kochen und putzen und aufräumen und einkaufen und Wäsche machen, bügeln, aufräumen, Fingernägel schneiden, Nasen putzen, Arzttermine organisieren, Kindergeburtstage organisieren, Kindergeburtstagsgeschenke kaufen, sich überhaupt an all diese Kindergeburtstage erinnern, Babysitter suchen, Kleider aussortieren, Kinderkleiderbörsen organisieren, "Räbeliechli" schnitzen, Adventskalender basteln usw. – die Liste ist schier endlos.

Es ist eine Arbeit, die nicht spektakulär ist, die aber gemacht werden muss, weil wir als Menschen eine nicht unbedeutende Zeit unseres Lebens nicht selbstständig sind und in dieser Zeit bekümmert und umsorgt werden müssen. Diese Arbeit ist nötig, aber die Frauen, die sie meistens machen, erhalten für diese Arbeit oft keine Anerkennung und meistens auch keinen Lohn und keine Bezahlung, im Gegenteil: Diese Arbeit ist der Grund, warum sich die Lohnungleichheit bei den Frauen ab der Geburt des ersten Kindes akzentuiert, warum sie als Mütter weniger zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden, warum sie in der beruflichen Sackgasse landen, obwohl sie das nicht wollen, und warum sie am Ende ihrer Erwerbslaufbahn eine kleinere Rente haben.

Die Ökonomin Mascha Madörin hat ausgerechnet, dass den Frauen jedes Jahr 100 Milliarden Franken entgehen, weil die von ihnen geleistete und nötige Arbeit nicht bezahlt wird. Das wird sich niemals ändern, solange die unbezahlte Haus- und Familienarbeit eine reine Frauensache bleibt. Es wird sich auch niemals ändern, wenn es nicht für Männer und für

AB 2019 N 1473 / BO 2019 N 1473

Frauen selbstverständlich ist, Haus- und Familienarbeit zu leisten. Das muss vom ersten Tag an so sein, damit es eben nicht ungewöhnlich und nicht spektakulär ist, wenn ein Mann das Kind wickelt, sondern einfach dazugehört; damit von Anfang an klar ist, dass die Geburt eines Kindes Mütter und Väter etwas angeht.

Dazu ist der Vaterschaftsurlaub ein richtiger, ein wichtiger, aber erst ein erster Schritt. Denn weder 2 noch 4 Wochen reichen dazu aus, diese Verantwortung wirklich zu übernehmen. Dazu braucht es eine richtige Elternzeit. Ich bin froh, geht meine Kantonalpartei, die SP Kanton Zürich, hier voran und lanciert am Samstag eine Elternzeit-Initiative für je 18 Wochen. Denn es ist wirklich Zeit: zuerst für einen Vaterschaftsurlaub, aber auch sehr bald für eine richtige Elternzeit.

Piller Carrard Valérie (S, FR): En tant que présidente de Pro Familia Suisse, je soutiens évidemment pleinement l'initiative populaire visant la création d'un congé-paternité de 4 semaines, car le congé-paternité est un élément essentiel d'une politique familiale adaptée à notre époque. Actuellement, lors de la naissance d'un enfant – qui est tout de même un événement capital dans une vie –, le père a droit à un seul jour de congé, comme c'est le cas pour un déménagement. Or, ce jour de congé accordé au nouveau père permet, en principe, d'assister à la naissance proprement dite et aux quelques heures qui suivent, mais en aucun cas de jouer un rôle primordial dans les premiers jours de vie de son enfant. Aujourd'hui, de nombreuses familles aspirent à un modèle de partenariat où les deux parents se partagent les tâches. Selon une enquête de Pro Familia Suisse, 80 pour cent des citoyens et citoyennes veulent un congé-paternité.

L'initiative populaire dont nous débattons aujourd'hui propose d'accorder 20 jours de congé au nouveau père, à prendre de manière flexible. C'est donc tout à faire gérable, également pour les PME. Cette proposition favorise clairement la conciliation des vies familiale et professionnelle. La présence des hommes après la naissance est nécessaire au développement harmonieux de la famille. Le congé-paternité fait de la fondation d'une famille un projet commun et procure à la famille sécurité et stabilité. Si les pères disposent d'assez de temps pour un bon départ dans la vie familiale, ils acquièrent également les compétences requises et participent plus fortement à long terme au travail de la famille.

La naissance est un événement exceptionnel, très exigeant sur le plan corporel et psychique pour les femmes, qui ont besoin de soutien. Les enfants ont aussi droit à un départ dans la vie dans un univers familial empreint de tranquillité et de sécurité. Sans compter que l'engagement des pères dans le travail familial dès la naissance contribue à une relation de couple bien plus stable et solide. Une autre étude de Pro Familia Suisse, sur mandat du canton de Saint-Gall, indique qu'en Suisse 90 pour cent des hommes veulent plus de temps et de flexibilité pour être davantage présents pour leurs enfants.

Vous l'avez compris, c'est aussi une question d'égalité entre les sexes. Les hommes aussi ont droit à un congé



pour s'occuper de leurs enfants.

Du point de vue de l'entreprise et de l'économie au sens large aussi, le congé-paternité est un investissement sensé et rentable, car, en renforçant la participation des pères à la vie familiale, il permet de mieux utiliser le potentiel de toutes ces mères bien formées, qui trop souvent quittent le marché de l'emploi après une naissance pour se consacrer à leur enfant. En admettant que les pères ne soient pas continuellement à leur place de travail, le congé-paternité permettrait aussi d'atténuer le désavantage des femmes sur le marché du travail. Le congé-paternité encourage une juste répartition du risque professionnel et de carrière lié à la famille. Il renforce ainsi les perspectives des femmes et contribue à la continuité de leur activité professionnelle.

J'irai même plus loin. A titre personnel, je soutiens très clairement l'introduction d'un congé parental de 38 semaines, comme le proposent la Commission fédérale des questions familiales ainsi que la minorité Reynard. En effet, avec les 4 semaines proposées par l'initiative, la Suisse serait encore nettement à la traîne par rapport à la moyenne des pays de l'Organisation de coopération et de développement économiques – l'OCDE –, puisque dans les 35 pays concernés, le congé-paternité était en moyenne de 8 semaines en 2015. Il est évident qu'un congé parental serait une meilleure solution, qui permettrait aux parents de choisir la répartition du congé, avec bien entendu un minimum pour chaque parent.

Nous constatons aussi depuis plusieurs années que les femmes reviennent en majorité sur le marché du travail six ou douze mois après la naissance de leur enfant. Elles se bricolent souvent une prolongation de leur congé maternité en prenant des vacances ou un congé non payé. Cette situation ne peut plus continuer. Notre pays doit renforcer la politique familiale et offrir aujourd'hui aux familles des conditions-cadres pour qu'elles puissent s'épanouir de façon optimale. Pour moi, il est évident et clair que le congé parental, c'est l'avenir!

Page Pierre-André (V, FR): Madame Piller Carrard, ma question est très simple: j'ai entendu plusieurs remarques venant des rangs de votre parti qui donnent l'impression que, pour vous, la venue d'un enfant est une charge, et cela m'inquiète. Est-ce vraiment une charge?

Piller Carrard Valérie (S, FR): Monsieur Page, la venue d'un enfant dans une famille n'est pas du tout une charge, c'est un bonheur, bien au contraire. Mais si on veut vivre pleinement ce bonheur, il faut avoir le temps de pouvoir le faire.

Ammann Thomas (C, SG): Ich bin jetzt der 49. Redner zum Vaterschaftsurlaub, was ich nicht steuern konnte, aber die Zahl hat es tatsächlich in sich: Wenn ich 9 durch 4 teile, dann komme ich auf 2,25. Dies liegt dem Antrag gemäss Gegenentwurf zum Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen, welchen ich unterstütze, am nächsten. Für mich ist jetzt nicht ein Vaterschaftsurlaub die Frage, sondern die Dauer eines Vaterschaftsurlaubes mit einem flexiblen und tageweisen Bezug in Analogie zur bestehenden Regelung der Mutterschaftsentschädigung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für die CVP ein zentrales Thema. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war auch wegweisend bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubes von 14 Wochen, an dem wir nicht rütteln wollen.

Der Gegenvorschlag ist die pragmatische, machbare und hoffentlich heute mehrheitsfähige Lösung. Alle anderen Forderungen führen zu politischem Stillstand. Ein Verzicht auf einen Vaterschaftsurlaub ignoriert die Bedürfnisse der Bevölkerung. 2 Wochen Vaterschaftsurlaub ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind letztlich meiner Meinung nach auch für die KMU tragbar und flexibel.

Der Vaterschaftsurlaub trifft den Nerv der Zeit. Wir haben es heute mehrheitlich gehört, und wir spüren es auch in der Bevölkerung: Jetzt ist es an der Zeit! Für die CVP wäre es bereits bei der Motion Candinas längst an der Zeit gewesen. Mit ihr wäre der Vaterschaftsurlaub bereits seit fünf Jahren Realität!

Lassen Sie mich kurz noch auf die Bedeutung des Vaterschaftsurlaubes eingehen. Durch den Vaterschaftsurlaub kann die Beziehung des Kindes zum Vater gestärkt und die Mutter entlastet werden. Von einem Vaterschaftsurlaub profitieren also die Kinder, die Eltern, die Wirtschaft und die ganze Gesellschaft. Zudem möchte eine grosse Mehrheit der zukünftigen Väter in der Schweiz von Anfang an in die Kinderbetreuung mit einbezogen werden und hält somit die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes für unumgänglich.

Ich komme noch kurz auf den Verein "Vaterschaftsurlaub jetzt!" zu sprechen; er ist mit seiner Initiative, die 4 Wochen bezahlten und flexibel beziehbaren Vaterschaftsurlaub fordert, auf dem richtigen, aber einem meiner Meinung nach realpolitisch nicht vertretbaren Weg, auch wenn Sie mit Ihren Umfragen jetzt heute ein anderes Fazit ziehen.

Die Schweiz hat Aufholbedarf, das zeigt auch der internationale Vergleich: In Europa ist die Schweiz das einzige Land ohne gesetzlich geregelten Vaterschaftsurlaub. Sorgen wir heute mit einem Ja zum Vaterschaftsurlaub dafür, dass dieser weisse Fleck verschwindet! Ich werde aber den von der CVP seit Jahren geforderten Urlaub von 2 Wochen



AB 2019 N 1474 / BO 2019 N 1474

unterstützen und danke Ihnen, wenn auch Sie dem Gegenvorschlag zustimmen und damit Ja sagen zu einer zeitgemässen, familienfreundlichen und vertretbaren Umsetzung des Vaterschaftsurlaubs – Ja für die Väter, Ja für die Familie, Ja für die Wirtschaft.

Marti Samira (S, BL): Wir Schweizerinnen und Schweizer krankten manchmal etwas daran, dass wir wie selbstverständlich davon ausgehen, dass wir in allem die Besten sind: Recyclingweltmeister nennen wir uns, die stabilste Währung der Welt haben wir, und manche in diesem Saal sprechen sogar von der besten Armee der Welt. Doch eigentlich wissen wir es besser: Der Schweizer Finanzplatz ist einer der grössten Klimasünder der Welt. Und wir tun bis heute noch so, als ob wir kein Problem mit Neonazis und Rechtsextremismus hätten. Es gibt noch viele weitere solche Beispiele. Eines ist besonders peinlich: Wir sind zwar stolz auf unsere Sozialsysteme, aber wir sind das einzige Land in Europa, das weder eine bezahlte noch eine unbezahlte Auszeit für Väter kennt. Wir sind sogar, das wurde heute schon mehrfach erwähnt, das familienunfreundlichste Land – gemäss einer Unicef-Studie. Damit sind wir – wie übrigens auch in anderen Bereichen – das europäische Schlusslicht, also das Gegenteil von "den Besten". Dabei wünscht sich eine satte Mehrheit von über 80 Prozent in diesem Land einen Vaterschaftsurlaub. Es gibt unzählige Gründe dafür. Und das scheint mir so selbstverständlich, dass ich es fast nicht ausdrücken kann.

Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in der man sich die Hausarbeit aufgeteilt hat, und zwar nicht so, dass meine Mutter praktisch alles gemacht und mein Vater ein bisschen geholfen oder sogenannt unterstützt hätte; es war wirklich ein Fifty-fifty. Mein Vater war damit in seiner Generation ein Exot. Auf dem Spielplatz war er weit und breit der einzige Mann, und manchmal war er in diesem Vater-Hausmann-Dasein auch ziemlich einsam. Zum Glück ist das heute anders. Die Männer meiner Generation wollen eine aktive Vaterrolle übernehmen. Die Frauen fordern dies auch ein. Aber dieses Parlament sorgt regelmässig dafür, dass diesem Vorsatz unzählige Steine in den Weg gelegt werden: die steuerlichen Anreize, die traditionelle Rollenbilder in der Familie fördern; die Schwierigkeiten im Arbeitsmarkt, als Mann nach der Geburt des ersten Kindes die Stellenprozente zu reduzieren; und natürlich die Kosten für Kitas, die so hoch sind, dass es sich fast nicht lohnt, Teilzeit arbeiten zu gehen.

Das ist offenbar der politische Wille dieses Parlamentes. Aber da erlaube ich mir als jüngstes Mitglied dieses Rates, Sie auf Ihr Durchschnittsalter von 51 Jahren hinzuweisen. Sie politisieren in dieser Frage massiv an der Gesellschaft und vor allem an meiner Generation vorbei. Sie finden da draussen kaum einen jungen Vater, der findet, es brauche keinen anständigen Vaterschaftsurlaub und keine Elternzeit. Sie finden keinen Menschen, der der Meinung ist, dass ein Umzug und die Geburt eines Kindes etwa dasselbe Ausmass an Aufmerksamkeit und Einsatz erfordern. Die jungen Eltern in diesem Land können nicht verstehen, dass unsere politische Führung derart im letzten Jahrhundert steckengeblieben ist. Diese meint, Vater zu sein sei ein Luxusgut, bei dem wir es uns leisten könnten, es uns nicht leisten zu wollen.

Ihre Kommission hat das erkannt, aber anstatt konsequent zu sein, ist sie auf halbem Weg stehen geblieben. Wir sprechen jetzt von 10 Tagen, von 2 Wochen. Natürlich bitte ich Sie darum, diesen Antrag zu unterstützen, dies aus reinem Pragmatismus, denn die 20 Tage, die die Volksinitiative fordert, sind eigentlich das Minimum. Das ist nicht zu viel verlangt.

Unterstützen Sie deshalb bitte den indirekten Gegenentwurf, und empfehlen Sie die Volksinitiative zur Annahme. Die Väter meiner Generation danken es Ihnen. Vielleicht schaffen wir es damit auch irgendwann ins familienpolitische Mittelfeld der Staaten dieses Kontinentes.

Herzog Verena (V, TG): Geschätzte Kollegin Marti, wie erklären Sie sich eigentlich diesen enormen Meinungsumschwung Ihrer Kolleginnen und Kollegen, die bis anhin immer für Fremdbetreuung ab Geburt plädierten, die bis anhin Frauen, die sich für eine gewisse Zeit zu Hause um die Familienarbeit kümmerten, belächelt haben? Wie erklären Sie sich diesen plötzlichen Meinungsumschwung?

Marti Samira (S, BL): Vielen Dank für Ihre Frage, Frau Herzog. Ich habe noch nie gehört, dass irgendjemand aus meiner Partei oder aus einer progressiven Ecke dieses Parlamentes sagt, dass Frauen und die Hausarbeit, die sie leisten, nichts wert sind. Im Gegenteil, wir sind die, die dafür einstehen, dass diese Realitäten, diese gesellschaftlichen Realitäten, eben auch finanziell berücksichtigt werden – in der Altersvorsorge und insbesondere bei Frauen, die von Altersarmut betroffen sind. Ich bin nicht der Meinung, dass eine dieser Unterstellungen zutrifft.

Bendahan Samuel (S, VD): Dans trente ans, nous aurons un congé parental d'un an. Dans trente ans, lorsque



nous aurons cela, les papas raconteront à leurs enfants un conte d'hommes-fées pour se faire plaisir. Et quand ils voudront plutôt parler d'horreur, ils vous raconteront ce moment historique que nous vivons aujourd'hui, où des personnes sont prêtes à ne donner ni un an ni même six mois de congé avec l'enfant, car ce congé n'est pas valorisé, et c'est pourquoi nous discutons d'un congé entre 2 et 4 semaines. Les enfants riront et diront que c'est impossible, que c'est une blague, que c'est de la science-fiction.

Néanmoins, aujourd'hui, nous vivons dans cette réalité, alors que les chiffres sont impressionnants: dans tous les classements économiques, nous sommes les meilleurs et les plus compétitifs; nous générons les plus grands profits; les pharmas génèrent des millions, voire des milliards de francs. Nous sommes systématiquement au sommet. Pourquoi cette furie que nous avons d'être toujours au sommet n'existe pas quand on parle du congé-paternité et du congé parental? Pourquoi dans ce domaine on tient à être les derniers et les plus mauvais? C'est inexplicable! Jamais nos enfants ne comprendront cela.

Je me pose une question importante: certes, nous avons tous nos inquiétudes – certains et certaines d'entre vous s'inquiètent de la main-d'œuvre étrangère qui vient nous voler nos emplois –, mais pourquoi du coup ne défendez-vous pas la possibilité pour les femmes de pouvoir mieux s'intégrer dans le marché du travail? Si les hommes, comme les femmes, ont les mêmes rôles, ce sera plus facile pour nos femmes d'être engagées dans le marché de l'emploi. C'est donc une mesure de protection aussi pour elles.

A toutes les personnes qui valorisaient et défendaient la famille comme étant un élément fondamental de leur politique, comment pouvez-vous ne pas dire qu'il faut au moins 38 semaines de congé parental à répartir entre les parents pour que la famille puisse effectivement émerger, pour que tout le monde puisse partager du temps avec l'enfant et vivre au sein de cette famille, plutôt que d'avoir un de ses membres qui n'a pas la possibilité d'avoir du temps privilégié avec son enfant? A ces personnes qui défendent l'économie, pourquoi ne souhaitez-vous pas des entretiens d'embauche sans discrimination à l'embauche, avec un traitement égal des femmes et des hommes et avec une meilleure répartition des rôles, au travail comme à la maison?

En réalité, l'introduction d'un congé parental égal est la solution pour supprimer les discriminations à l'embauche que subissent aujourd'hui les femmes. C'est aussi la solution pour vivre dans une société équilibrée, qui respecte effectivement notre Constitution, qui parle d'égalité entre les femmes et les hommes. Cet élément est extrêmement simple, et pour un coût modeste.

Je vous invite donc toutes et tous à être cohérents avec les valeurs de notre pays. Je vous invite à dire que la Suisse est un pays qui ne valorise pas seulement son travail excellent, mais qui valorise surtout les humains, les personnes qui réalisent ce travail. Notre avenir, ce sont les enfants que nous allons éduquer. Refuser de mettre la priorité sur l'éducation de ces enfants, et refuser de consacrer l'énergie de l'ensemble des parents à l'éducation de leurs enfants, c'est à mon avis un crime auquel nous avons la chance aujourd'hui de mettre un terme.

AB 2019 N 1475 / BO 2019 N 1475

Naef Martin (S, ZH): Immer bei gesellschafts- und sozialpolitischen Fragen hat dieses Parlament eine gnadenlose Verspätung, es hat eine Verspätung, wenn es um die Realitäten und Bedürfnisse der Menschen in unserem Land geht, einen Mangel an Grosszügigkeit im Denken und an wirtschaftlicher Vernunft. Wenn man Teilen von Ihnen zuhört, bekommt man den Eindruck, die Geburt eines Kindes sei eine Störung der väterlichen Erwerbsfähigkeit, wie eine Kurzgrippe, oder, noch schlimmer, ein willkommenes Mittel zur Zementierung überkommener Rollenbilder.

Während unser Rat hier im Ernst über ein paar Tage mehr oder weniger streitet, fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, mangels momentaner Mehrheit hier, in fortschrittlichen Kantonen wie Zürich eine Elternzeit, zufriedene und damit motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine Teilhabe aller am Arbeitsmarkt und an der Familienarbeit, heute und in Zukunft.

Arslan Sibel (G, BS): Verglichen mit benachbarten und anderen europäischen Ländern fristet der Vaterschaftsurlaub in der Schweiz ein Mauerblümchendasein. Ein solcher Urlaub ist heute einzig vom Wohlwollen des Arbeitgebers und seiner Unternehmung abhängig. Zwar gibt es heute grosszügige Vorzeigemodelle wie jenes von Novartis und Ikea, aber das ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme.

Die Vaterschaftsurlaubs-Initiative hat endlich Bewegung in die starre Situation gebracht. Wir können heute sogar über zwei Modelle beraten und abstimmen: einerseits über das Modell der Initianten mit 4 Wochen Vaterschaftsurlaub und über den indirekten Gegenentwurf mit 2 Wochen Vaterschaftsurlaub und andererseits über verschiedene Modelle von Elternzeit. Und da favorisieren wir Grünen klar das Modell der Elternzeit, denn es bringt die Gleichstellung voran und ist familienpolitisch wichtig.

Beim Modell Vaterschaftsurlaub favorisieren wir klar die Initiative, sollte unsere grüne Minderheit mit ihrem



Antrag auf 8 Wochen keine Chance haben. Sollte die Initiative zurückgezogen werden, weil der indirekte Gegenvorschlag gesichert ist, betrachten wir diese 2 Wochen als ersten Baustein für eine grosszügigere Lösung, welche in den kommenden Jahren anzustreben ist.

Weil gerade von Arbeitgeberseite sogar die 2 Wochen des Gegenentwurfes abgelehnt werden, ist es wichtig, an dieser Stelle die Vorteile eines Vaterschaftsurlaubes für die Arbeitgeber aufzuzeigen. Sie sind mannigfaltig:

1. Heute haben Grossunternehmen, die sich die Gewährung eines Vaterschaftsurlaubes leisten können, Marktvorteile. Kleine Unternehmen sind benachteiligt, weil ein Vaterschaftsurlaub für sie viel schwieriger zu organisieren und zu finanzieren ist. Mit den beiden vorliegenden Modellen ist dies anders. Dank der Finanzierung des Urlaubes durch die EO können auch KMU den Urlaub anbieten und werden dadurch nicht finanziell belastet.

2. Heute bezahlen ausschliesslich die Unternehmen Vaterschaftsurlaube. Mit den vorliegenden Modellen würde sich dies ändern, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer EO-Beiträge bezahlen – also eine faire und paritätische Lösung.

3. Kleine Unternehmungen haben bei ausfallenden Mitarbeitenden oft Mühe, die Lücken zu schliessen. Beide Modelle tragen diesem Umstand Rechnung, indem der Urlaub gesplittet bezogen werden kann, also wochenweise oder tageweise. Dieses Splitting entspricht oft auch den Wünschen der Arbeitnehmer, weil sie damit mehr Flexibilität erhalten.

4. Die Einführung eines 4- oder 2-wöchigen Vaterschaftsurlaubes verbessert die familiären Lebensbedingungen, was zu einer höheren Zufriedenheit der Arbeitnehmenden und damit letztlich zu einer besseren Leistungsfähigkeit und zu einem guten Betriebsklima führt.

5. Mit einem Vaterschaftsurlaub wird auch die Gleichstellung gefördert, was vielen Unternehmungen heute wichtig ist. Gleichstellung bedeutet aber auch einen erhöhten Einbezug weiblicher Fachkräfte in die Arbeitswelt. Der Fachkräftemangel wird aufgrund der Demografie immer grösser, es kommt zum Kampf um die Talente. Ein Vaterschaftsurlaub wirkt diesem Umstand zumindest teilweise entgegen. Das Potenzial der Mütter kann vermehrt genutzt werden.

6. Ein umfassender Vergleich der verschiedenen existierenden Vaterschafts- und Elternzeitmodelle zeigt, dass ein Vaterschaftsurlaub sowie andere familienpolitische Massnahmen nicht nur die Familien entlastet, sondern auch der Gesellschaft und der Wirtschaft nützt.

Aus all diesen Gründen sind die Grünen auch aus wirtschaftlicher Perspektive für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub und für alle Modelle von Elternzeit, die darüber hinausgehen.

Hadorn Philipp (S, SO): Bei so vielen Rednerinnen und Rednern ist es anspruchsvoll, mit jedem Wort noch einen Mehrwert zu bringen. Das gilt auch für mich. Volksinitiativen laden dazu ein, über Grundsätzliches nachzudenken. Immerhin geht es darum, die Verfassung zu ändern. Ja, wir haben eine Verfassung, die Grundsätzliches, gelegentlich auch nur Zeitgeistiges aufzunehmen hat. In einer Gesellschaft, in der die Lebensformen vielfältig und Lebensgemeinschaften facettenreich sind, denke ich, haben wir aber immer noch ein Commitment: Das Aufziehen von Kindern bedarf eines besonderen Augenmerks, eines besonderen Schutzes, einer besonderen Fürsorge, einer besonderen Unterstützung. In einer Gesellschaft, in der wir dankbar auf einen gewissen Wohlstand und auf eine gewisse Wohlfahrt zum Wohl vieler Menschen blicken können, sind wir uns ganz besonders bewusst: Gerade auch immaterielle Werte brauchen Rahmenbedingungen, die oft materielle Unterstützung und Grundlagen brauchen.

Heute bin ich seit 29 Jahren verheiratet und Vater von drei Jungs im Alter von 22, 24 und 28 Jahren. Faktisch lebe ich also ein eher traditionelles Familienleben. Als meine Frau unser erstes Kind zur Welt brachte, studierte ich berufsbegleitend. Wir funktionierten weitgehend wie ein KMU, versuchten nach bestem Wissen und Gewissen unsere Aufgaben zu bewältigen und uns den Herausforderungen des Alltags zu stellen. Auch wenn ich mich heute wirklich über gute Beziehungen zu meinen drei sehr unterschiedlichen Söhnen freuen kann, denke ich, eine Elternzeit hätte uns die Möglichkeit geboten, die Aufnahme der Kinder in unsere Familie ganz anders zu gestalten. Ich bin überzeugt, dass das gesellschaftliche Angebot einer Elternzeit für eine gewisse Zeit von Versorgungspflichten entlastet, wichtige Perspektiven und Impulse in die Gestaltung des Familienlebens und in die Rollen in der Lebensgemeinschaft gibt, es aber auch zulässt, den Beziehungsaufbau ab Beginn ganz anders zu gestalten.

Das möchte ich nicht nur, aber auch meinen drei Söhnen ermöglichen. Den Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen erachten die einen als revolutionär, die anderen als einen Tropfen auf den heissen Stein. Als Gewerkschafter sehe ich die Entwicklung der sozialen Errungenschaften als einen langwierigen Weg von kleinen Einzelschritten. Denken wir nur an das Verbot der Kinderarbeit, an begrenzte Wochenarbeitszeit, an Ferienansprüche, an Verfügbarkeitsregeln gegenüber dem Arbeitgeber usw. Der Vaterschaftsurlaub, wie ihn die Initiative verlangt, ist ein guter Schritt, der Gegenvorschlag ein Minischrittchen, um der Gleichstellung und Gleichberechtigung



etwas näher zu kommen.

Zukunftsprojekte für ein effektiv alltagstaugliches, gelebtes gemeinsames Sorgerecht mit einer Elternzeit unter Berücksichtigung der individuellen Freiheiten und Bedürfnisse der beiden Elternteile sind und bleiben meine Vision. Aus der Wirtschaft wissen wir, dass die Transformationszyklen immer kürzer werden, und die technischen Entwicklungen und die Digitalisierung haben Optionen eröffnet, die vor Kurzem noch unvorstellbar waren. Weshalb sollten in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in Bezug auf bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Freiwilligenarbeit, in Bezug auf Rollen und Aufgaben im Privaten und in der Gesellschaft und auch in Bezug auf Formen des Familienlebens Transformationen nicht möglich sein?

Die neue Generation erlebt eine Vielfalt an Möglichkeiten, zu konsumieren, Werte zu suchen und zu leben, das eigene Leben zu gestalten. Ich habe das Vertrauen in die zukünftige Generation, dass sie auch in der Gestaltung des Elternseins selbstständig und verantwortungsbewusst kreativen Spielraum erhalten und nützen kann. Ich zweifle nicht im Geringsten daran, dass ich auch im hohen Alter freudig

AB 2019 N 1476 / BO 2019 N 1476

und erfüllt an einem Septembersonntag, denkend, fragend und dankend, den Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag feiern kann – wir begehen ja nächsten Sonntag diesen Tag – und zurückschauen kann auf veränderte Situationen, dass ich auf unterschiedliche, mir naheliegende, aber auch schwerer verständliche Lebensentwürfe blicken kann und dabei wahrnehmen kann, wie es viele vielleicht gar ein wenig besser machen als ich. Das möchte ich der zukünftigen Generation ermöglichen. Die Richtung der moderaten Initiative stimmt.

Nidegger Yves (V, GE): Je révèle tout d'abord mes liens d'intérêts: je suis père de cinq enfants nés entre 1986 et 1996 à raison, en moyenne, d'un tous les deux ans et demi, c'est-à-dire une bonne décennie à ne pas dormir beaucoup, ce à quoi un congé-paternité de 2 semaines n'aurait strictement rien changé.

J'ai un problème fondamental avec le point de vue de la majorité de la commission, parce que de deux choses l'une:

– Soit on croit sérieusement que 2 semaines de congé payé à l'occasion d'une naissance ou dans l'année qui suit est suffisant et adéquat. A ce moment-là, on arrive assez rapidement à la conclusion que mettre sur pied une usine à gaz institutionnelle sous la forme d'un nouveau régime d'assurance obligatoire, avec le prélèvement des cotisations et le traitement des cas, est parfaitement inutile, dès lors que le privé peut s'en charger. Certaines entreprises offrent spontanément un congé-paternité. Dans les entreprises où on ne le fait pas spontanément, un certain nombre de pères sont parfaitement capables de prendre sur leur quota annuel de vacances les 2 semaines qu'ils consacrent à leur progéniture en cas de naissance. On peut parfaitement régler cela sans l'aide de l'Etat. Il ne s'agit finalement que d'une excuse pour instaurer un régime d'assurance de plus et une intervention de l'Etat de plus.

– Soit on considère qu'instituer 2 semaines de congé payé en cas de paternité est insuffisant et inadéquat, et alors c'est parfaitement hypocrite. On aménage une entrée dans le système d'assurance sociale selon le principe du salami. On sait d'avance que ce que l'on octroie sous une forme réduite est appelé à être étendu. On entre alors dans l'hypocrisie absolue avec un contre-projet qui n'est pas un contre-projet, mais un contre-projet hypocrite. Et hypocrite, même en période électorale, je n'ai pas du tout envie de l'être.

J'ai également un problème du même ordre avec la logique qui sous-tend le projet. Au fond, ce sont les mêmes milieux, et c'est quand même assez suspect, qui, d'un côté, font la promotion des crèches dès le premier jour de vie, avec un nombre suffisant de places, une étatisation si possible au niveau fédéral, donc une diminution du rôle parental et une augmentation de celui de l'Etat dans la prise en charge des enfants, qui soudain s'apitoient sur le sort des parents et se sentent inspirés par leur rôle. Je n'y crois pas une seconde. De l'autre côté, ce sont aussi ces mêmes milieux qui, sous couvert de lutter contre les scories d'un ordre patriarcal passé, s'en prennent au père, à l'idée même du père, ridiculisent ou caricaturent la masculinité, la prétendent foncièrement violente, dangereuse, à l'origine de toutes les atrocités qui peuvent se passer dans une famille. Ce sont ceux-là même qui viennent aujourd'hui prétendre vouloir le bonheur des pères et des familles.

Il s'agit au fond de faire entrer par la petite porte cette initiative populaire pour plus de vacances qui avait échoué devant le peuple.

Fiala Doris (RL, ZH): Den neuen Zeitgeist und angemessene, fortschrittliche Familienmodelle will sicher niemand infrage stellen. Auch ich stelle sie sicher nicht infrage, wie auch die Konvention der ILO zum Schutz der Mutterschaft nicht. Ich setze mich beherzt und wirklich mit Verve für den Gegenvorschlag von 2 Wochen Vaterschaftsurlaub ein, weil ich überzeugt bin, dass uns auch bei diesem Geschäft, bei dieser Volksinitiative nicht die Maximalforderungen weiterbringen werden, sondern dass eben der bestmögliche Kompromiss tragfähig



sein wird.

Für mich unbestritten sind der Vaterschaftsurlaub und – wichtig – die Elternzeit. Die unterschiedlichen Vorstellungen betreffen weniger das Ob als vielmehr das Wie bzw. die Frage, wer wie lange finanziert: Private oder der Staat? Ich gestehe gerne ein, dass ich es in einigen Debatten sehr angenehm fände, ich könnte – wie die SP oder andere linke Kreise – bei Fragen zu fortschrittlichen Gesellschaftserneuerungen einfach die Finanzierung ausklammern, ich könnte das geflügelte Wort denken: "Faire du bien sans regarder à qui."

Es ist positiv, dass Firmen die Zeichen der Zeit erkennen: Privat vor Staat! Bekennende Topfirmen sind beispielsweise Volvo mit 24 Wochen, Novartis mit 18 Wochen, Google mit 12 Wochen und Microsoft mit 6 Wochen. In Deutschland – wenn wir diese Vergleiche bringen wollen – beträgt der Urlaub 14 Wochen bei 100 Prozent, in Österreich zwei Monate und in Frankreich 16 Wochen für die Mutter, wovon 6 Wochen vor und 10 Wochen nach der Geburt bezogen werden; ab dem dritten Kind sind es mehr.

Sicher gehen Sie mit mir aber einig, dass KMU und Familienbetriebe andere Challenges aufweisen als irgendwelche Grossunternehmen und börsennotierte Unternehmen, die auch ganz anders rechnen können. Die Freisinnigen wünschten sich mehr freie Elternentscheide. Der uns vorschwebende Elternurlaub, wie ihn Kollege Wasserfallen forderte und wie ihn nun die Motion Müller Philipp fordert, beträgt 16 Wochen – 8 und 8, im schlechtesten Falle 14 und 2, also wie der indirekte Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative.

Wir haben es gehört: Die SP wird nun offenbar nächste Woche 18 Wochen Elternzeit fordern, Kollegin Kälin von den Grünen gar 52 Wochen zu Kosten von rund 3,7 Milliarden Franken. Demgegenüber war die Bevölkerung, waren die Urheber der Volksinitiative geradezu unglaublich vernünftig. In diesem Sinne denke ich, auch der Gegenvorschlag – diese sehr ausgeklügelte Überlegung mit 2 Wochen Vaterschaftsurlaub – könnte hier eine Lösung bringen. Aber diese Lösung scheint der linken Ratshälfte eben weder zu genügen noch zu passen. Man nimmt nun diese Volksinitiative zum Anlass für übertriebene Forderungen, was ich bedaure. Ich bitte Sie deshalb, sich daran zu erinnern, dass es heute um die Volksinitiative geht, dass wir heute gemeinsam einen Schritt weiterkommen können – ganz sicher mit dem Gegenvorschlag, vielleicht sogar mit der Volksinitiative. Aber mit Ihrem Wunschdenken, glaube ich, wird das wirklich nicht möglich sein.

Crottaz Brigitte (S, VD): En tant que cinquante-huitième et dernière oratrice de la journée, je pourrais vous proposer de soutenir un congé parental de 58 semaines, mais je vais être plus raisonnable.

Comme cela a déjà été relevé par plusieurs orateurs, la Suisse fait figure d'arriérée dans de nombreux domaines de la politique familiale. Seuls les Etats-Unis et le Mexique font moins bien que la Suisse, qui ne propose qu'un seul jour de congé-paternité et 14 semaines de congé maternité. Avec l'introduction d'un congé-paternité de 4 semaines, notre pays ferait un tout petit pas vers la modernité, qui n'a certes, rien à voir avec les pays de l'OCDE, qui ont mis en place des congés paternité ou parentaux bien plus généreux, en moyenne de 43 semaines, sans jamais revenir sur leur décision. Rien à voir avec l'UE, qui a décidé en 2017 d'accorder un congé parental de quatre mois à chaque parent qui travaille. Rien à voir non plus avec l'Islande, petit pays de 350 000 habitants, leader mondial de l'égalité entre femmes et hommes, qui a introduit le congé-paternité de 2 semaines en 1997, pour le transformer trois ans plus tard, en l'an 2000, en un congé de naissance de neuf mois. Rien à voir surtout avec la Suède, où un congé parental de 480 jours est octroyé depuis 50 ans, sans n'avoir jamais été remis en question ni par le patronat ni par les milieux politiques. Ce système a été mis en place pour accorder des chances égales aux femmes et pour offrir un entourage idéal à l'enfant durant sa première année de vie, qui est considérée comme cruciale pour son développement social et émotionnel. Grâce à cette politique, de même qu'à l'investissement massif dans les structures d'accueil pour enfants après cette première année, la Suède

AB 2019 N 1477 / BO 2019 N 1477

se caractérise par le taux d'activité des femmes le plus élevé d'Europe, et pour la plupart à plein temps.

En Suisse, 77 pour cent des femmes travaillent, mais en forte majorité à temps partiel. Face au vieillissement de la population, afin de financer l'AVS, il faut mettre en place des conditions favorables à la conciliation travail-famille, et le congé-paternité ou, encore mieux, le congé parental en fait partie. La Suède ne souffre pas sur le plan économique de cette politique de promotion de la conciliation travail-famille, puisqu'elle est devenue l'un des pays les plus compétitifs en termes d'innovation technologique. Le congé parental rend les employés plus motivés et la Suède enregistre une croissance économique vigoureuse. De plus, le niveau de vie de sa population est l'un des plus élevés au monde.

Le modèle suédois n'est donc pas une utopie et il devrait nous inspirer. L'aile droite de notre Parlement, largement représentée par l'ancienne génération qui soutient un modèle traditionnel de la famille, ne voit pas l'intérêt d'un tel congé et nous parle de catastrophe économique si une telle mesure était mise en place. On



nous dit qu'il serait impossible pour une PME de quatre employés d'avoir simultanément deux employés en congé maternité ou en congé-paternité. D'une part, cela ne devrait pas se produire souvent et, d'autre part, n'oublions pas que les indemnités versées par les APG couvrent 80 pour cent du salaire des employés en congé parental et qu'il est donc possible d'engager des remplaçants.

Peindre le diable sur la muraille et annoncer une charge insoutenable pour l'économie, voilà une stratégie bien connue. Pourtant, lorsqu'il s'agit de mobiliser des civilistes et l'armée pour la sécurité de la Fête fédérale de lutte, on ne rechigne pas à payer 8500 jours avec les APG, ces mêmes APG qui pourraient déjà compenser 4 semaines de congé-paternité pour 425 jeunes pères. La diminution du nombre de jours de service militaire de 14 millions à 5,4 millions par an a généré une somme permettant de financer en grande partie l'assurance-maternité. Une diminution des jours inutiles d'armée permettrait encore des économies qui pourraient compenser en partie un congé-paternité.

De nombreuses entreprises ont déjà pris conscience du souhait des jeunes couples de pouvoir bénéficier d'un congé parental et estiment avoir un retour net sur investissement, puisque cela rend les employés et employées plus motivés, renforce la participation des femmes au marché du travail et constitue un pilier indispensable dans la lutte contre la pénurie de personnel qualifié.

Naturellement, un congé parental serait encore plus moderne et diminuerait la discrimination à l'embauche que subissent souvent les femmes en âge de procréer. En effet, tous les hommes étant susceptibles d'être pères, quel que soit leur âge, il n'y aurait plus de raison de choisir un homme ou une femme d'âge mûr plutôt qu'une jeune femme. Seules finalement les femmes âgées de plus de 50 ans seraient les perles rares pour les entreprises qui souhaiteraient à tout prix éviter d'avoir à subir une absence liée à la naissance d'un enfant. Malheureusement, ces femmes souffrent d'une autre discrimination, celle de l'âge, mais là n'est pas le sujet! Pour toutes ces raisons, et pour bien d'autres encore, je ne peux que vous encourager à soutenir massivement la minorité Reynard pour un congé parental de 38 semaines ou, au minimum, l'initiative populaire, et ainsi donner un signal de modernité. Enfin!

Berset Alain, conseiller fédéral: On constate, en suivant le débat que vous tenez aujourd'hui – ce que je fais depuis ce matin avec vous –, que les questions relatives au congé-paternité, à l'organisation de la société, à la conciliation entre vies familiale et professionnelle – pour ne prendre que ces éléments – suscitent des débats qui ont gagné encore en vigueur ces derniers mois et ces dernières années. Assez logiquement, cela se fait à un moment où le contexte général dans lequel nous nous trouvons est un contexte dans lequel nous avons besoin de trouver une voie vers l'avenir, de manière à pouvoir profiter de l'ensemble des forces vives du pays, dans une compétition économique de plus en plus intense.

On doit aussi constater que, ces dernières années, le débat relatif au congé-paternité a beaucoup évolué. De plus en plus d'acteurs ont souhaité tenir cette discussion, voir évoluer le droit, aller au-delà du jour ou des deux jours de congé rémunérés qui sont fixés pour tout le monde pour la naissance d'un enfant. Et, je crois, parmi ces voix diverses et variées qui se sont exprimées, il y a aussi la volonté portée par l'initiative populaire de confier à la Confédération la tâche d'instaurer une assurance paternité, de manière à ce que les pères aient au moins droit à 4 semaines de congé, avec un financement qui serait réglé de manière analogue à celui du congé maternité.

Je souhaite dire également que tout ce débat non seulement n'est pas nouveau, mais fait suite à des éléments qui ont déjà été discutés au Parlement. Je pense notamment au rapport du Conseil fédéral de 2013, qui présentait huit modèles possibles. Alors que le Parlement était déjà très intéressé par cette question, le Conseil fédéral vous avait alors laissé l'initiative pour voir ce que souhaitait faire le Parlement. Des discussions ont eu lieu dans votre conseil et des motions ont été déposées, qui n'ont pas obtenu de majorité. Il y a ensuite eu – et c'est une contribution aussi à ce débat – l'initiative populaire, dont nous débattons, qui a été déposée.

Dans ce cadre, sans rappeler l'ensemble des estimations chiffrées pour toutes les propositions dont vous débattrez, j'aimerais me concentrer sur deux chiffres. Selon les estimations les plus récentes que nous avons, quelles dépenses entraînerait l'initiative populaire pour les allocations pour perte de gain? Nous savons aujourd'hui, selon les dernières estimations, qu'un congé-paternité de 4 semaines indemnisé par les APG coûterait environ 460 millions de francs en 2022 – on doit toujours prendre une année de référence pour l'entrée en vigueur. Cela signifie, en termes de financement, des coûts qui entraîneraient un relèvement du taux de cotisation des APG de 0,11 point. Cela nécessiterait donc une adaptation du taux plafond de 0,5 pour cent fixé dans la loi.

S'agissant maintenant du contre-projet élaboré par la commission du Conseil des Etats, qui est plus modeste et qui propose 2 semaines de congé-paternité, selon les conditions que vous connaissez: ce congé devrait être pris durant les six mois qui suivent la naissance de l'enfant, en bloc ou sous forme de journées isolées



et également financées par les APG. Les dernières estimations que nous avons montrent que cela coûterait quelque 230 millions de francs – c'est environ la moitié des dépenses qu'entraînerait l'acceptation de l'initiative populaire, ce n'est pas une grande surprise – en 2022 pour les APG. Cela signifie donc que le taux de cotisation actuel de 0,45 pour cent pour les APG devrait être porté à 0,5 pour cent, mais il est vrai que si l'on ne tient compte que de ce projet, alors il ne nécessite pas en lui-même une modification du plafond fixé dans la loi à 0,5.

Nous avons pris acte du fait que le contre-projet a déjà été accepté par le Conseil des Etats. Nous avons pris acte également du fait que le Conseil des Etats a décidé, comme le Conseil fédéral d'ailleurs, de rejeter l'initiative populaire.

Vous avez aussi, aujourd'hui, affaire à toute une série de propositions de minorité. Je ne vais pas parler des différentes propositions de minorité, mais il y en a une pour laquelle une question a été posée – c'est celle de la minorité VII (Reynard). Une question avait été posée, qui n'a pas pu être clarifiée en commission. La réponse n'est pas toute simple à donner, car nous avons affaire ici à toute une série de lois, parmi lesquelles le Code des obligations, modifiées selon le contre-projet proposé.

La question que vous posiez, Monsieur Reynard, était de savoir quel serait l'effet de votre proposition de minorité. Ce qu'on peut dire, c'est qu'on a besoin de la proposition pour modifier quelque chose. Avec votre proposition de minorité, on pourrait considérer que cela étend, au moins partiellement, la possibilité pour les cantons d'aller, dans certains domaines mais pas dans tous, au-delà de ce qui est prévu dans les lois fédérales. Par contre, dès le moment où le congé maternité et le congé-paternité seraient réglés sur le plan fédéral, alors on ne pourrait plus considérer qu'il s'agit d'un vide dans lequel pourraient s'engouffrer les cantons pour faire ce qui leur plaît. Dès le moment où ce serait réglé, on devrait

AB 2019 N 1478 / BO 2019 N 1478

considérer que ce serait dans ce cadre-là que les choses devraient se passer. Mais, en vertu de votre proposition de minorité, on pourrait aller au-delà.

Quels sont, maintenant, les arguments du Conseil fédéral et quelle est la ligne qu'il suit? Le Conseil fédéral, vous le savez, a proposé de rejeter l'initiative populaire sans contre-projet, ce qui reviendrait, dans le fond, à soutenir la proposition de non-entrée en matière de la minorité Pieren. Nous l'avons fait sans nier du tout la valeur et la portée tant du débat qui a lieu aujourd'hui sur la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale que du débat de société qui existe autour de ces questions.

Dans ses priorités, le Conseil fédéral a mis l'accent sur une offre d'accueil extrafamilial et parascolaire qui permet de mieux concilier la vie professionnelle avec la vie familiale sur le long terme. Nous l'avons fait en complément de tout ce qui a été fait pour créer des places de crèche depuis 2003, programme que vous avez d'ailleurs également prolongé. Nous l'avons fait en étendant le soutien de la Confédération aux cantons, aux villes et aux communes dans le domaine parascolaire pour les jeunes en âge de scolarité.

Pour ce qui est du congé-paternité, le Conseil fédéral a toujours dit qu'il misait pour l'heure sur la promotion de solutions privées par les entreprises et les branches économiques, et il a encouragé les partenaires sociaux à travailler dans cette direction.

Cela dit, nous avons bien noté que le Conseil des Etats propose de rejeter l'initiative populaire et qu'il a adopté avec une majorité claire le contre-projet indirect de sa commission. Nous avons également noté, d'après ce j'ai pu entendre aujourd'hui, que votre conseil se dirige vraisemblablement vers une majorité en faveur du contre-projet indirect à l'initiative populaire. Nous avons noté ces évolutions qui se dessinent et si celles-ci se confirment, je ne peux que vous dire ici que vous pourrez évidemment compter sur le Conseil fédéral, comme c'est l'usage, pour défendre ce compromis élaboré par le Parlement s'il devait être soumis au peuple. Vous pourrez également compter sur notre concours pour le mettre en oeuvre rapidement s'il devait être adopté. Cela étant, vous connaissez la position du Conseil fédéral: il y a un peu plus d'une année, nous nous étions prononcés contre l'initiative et contre un contre-projet.

Kutter Philipp (C, ZH), für die Kommission: Die Debatte war intensiv, und es hat sich, wie nicht anders zu vermuten war, gezeigt: Die Vorstellungen darüber, ob es einen Vaterschaftsurlaub braucht und wie dieser ausgestaltet sein soll, gehen weit auseinander.

Der Ständerat und Ihre Kommission wählten mit dem Gegenvorschlag einen Mittelweg, der im Gesetz ein gewisses Grundangebot garantiert. Es handelt sich dabei nicht um das maximal Mögliche; wir regeln hier im Parlament selten das maximal Mögliche. Es bleibt den Unternehmen überlassen, das maximal Mögliche anzubieten. Sie können sich mit guten Vorschlägen profilieren und zum Beispiel 4 Wochen, 8 Wochen oder noch mehr anbieten. Und für das maximal Mögliche sind natürlich auch die Männer und die jungen Väter



zuständig: Von ihnen müssen wir erwarten, dass sie sich auch ausserhalb des Vaterschaftsurlaubs zu Hause engagieren.

Eine Bemerkung möchte ich noch zu den Schlussfolgerungen machen, die aus den OECD-Vergleichen gezogen werden. Meiner Meinung nach ist es zu einseitig, wenn man hier die Schweiz als rückständig darstellt. Vielmehr ist es doch einfach auch so, dass es bei uns etwas länger dauert, bis der Staat angerufen wird, was auch sein Gutes hat.

Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass auch jene, die die Taube dem Spatz bzw. die Elternzeit dem 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub vorgezogen hätten, den Spatz dennoch nicht verschmähen wollen. Damit ist die Basis für die Einführung des Vaterschaftsurlaubs gelegt. Das ist ein historischer Moment für alle Familien in der Schweiz. Ich ermuntere Sie: Machen wir jetzt gemeinsam diesen Schritt.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: Nous avons entendu les positions et les arguments des uns et des autres, défendus avec plus ou moins d'émotion. On a discuté du congé-paternité – celui de l'initiative populaire et celui du contre-projet indirect – ou du congé parental.

Je répète la recommandation de la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture: nous vous recommandons d'approuver le contre-projet indirect du Conseil des Etats qui vise à introduire un congé-paternité de 2 semaines à prendre dans les six mois qui suivent la naissance de l'enfant. C'est une proposition qui répond à un besoin et, surtout, qui va dans le sens de la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle. C'est un projet financièrement réaliste, un projet flexible, un projet aussi supportable pour les PME.

Avant de clore cette discussion, permettez-moi de faire encore une remarque sur la proposition de minorité VII (Reynard). En commission, nous avons eu une information qui ne correspond pas à celle donnée par Monsieur le conseiller fédéral aujourd'hui.

C'est le contre-projet indirect qui convainc le plus grand nombre d'entre nous et c'est pour cela que je vous invite à le soutenir.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*